Nr. 13. Halle (Saale), Dienstag, den 16. Januar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Harz 42 44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (98 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 16. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Versuch französischer Abteilungen, bei Beuvraignes (südlich Roye) in unsere Stellung einzudringen, wurde durch die Grabenbesatzung verhindert. Im übrigen hielt sich die beiderseitige Kampftätigkeit, abgesehen von stellenweise lebhafterem Artilleriefeuer, in mäßigen Grenzen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generaloberften Erzherzog Joseph. Auch gestern blieben feindliche Anriffe zwischen Casinu- und Susita-Tal ohne jeden Erfolg. An einer Stelle eingedrungene Rumänen wurden durch Gegenstoß völlig zurückgeworfen und dabei 2 Offiziere mit 200 Mann gefangengenommen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Nach heftiger Artillerievorbereitung gingen beiderseits Fundeni starke russische Massen zum Angriff vor. Einige hundert Meter vor unseren Stellungen brachen die Sturmwellen im Sperrfeuer zusammen. Bei Wiederholung der Angriffe am Abend gelangten schwache feindliche Teile in unsere Gräben, wurden aber sofort wieder vertrieben. Die Verluste des Feindes sind groß.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 15. Januar. Oestlicher Kriegsschauplatz. Am Südflügel der Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph führten Russen und Rumänen starke Angriffe gegen die in den letzten Tagen von uns gewonnenen Stellungen nördlich des Susita-Tales. Die Angreifer wurden überall abgeschlagen. Weiter nördlich nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz. An der Dolomitenfront sprengten unsere Truppen in der vergangenen Nacht am Großen Lagazuoi das Felsband an der Südwand zwischen eigener und feindlicher Stellung ab. Die Sprengung ist vollkommen gelungen, eine breite Kluft trennt nun die beiden Gegner. An der Karstfront zeitweise etwas lebhaftere Artillerietätigkeit.

Der bulgarische Generalstabsbericht.

Sofia, 15. Jan. Mazedonische Front: Schwaches Artilleriefeuer auf der ganzen Front. Lebhafte feindliche Lufttätigkeit in der Gegend von Monastir, im Wardar-Tal und an der Struma. Wir brachten einen feindlichen Aeroplan, der über der Umgebung von Xanthi flog, durch unser Artilleriefeuer zum Absturz. Der Aeroplan versank im Meer. — Rumänische Front: Vom rechten Donau-Ufer aus wurden durch Artilleriefeuer die Eisenbahnanlagen in der Umgebung von Galatz bombardiert. Die feindliche Artillerie erwiderte mit schwachem, unwirksamem Feuer.

*

Vom U-Bootkriege. Die österreichische Kriegsleitung meldet, daß in den dalmatinischen Gewässern der kleine Passagierdampfer Zagreb ohne Warnung von einem feindlichen U-Boot versenkt wurde. Es kamen 13 Mann der Zivilbesatzung und 3 Passagiere ums Leben. — Ein amtlicher italienischer Bericht sagt: Das feindliche Unterseeboot U. C. 12, das die deutsche Marine der österreichisch-ungarischen abgetreten hat, fiel in unsere Gewalt und wurde unseren Torpedogeschwadern eingereiht. Ein anderes Unterseeboot, U 12, der österreichisch-ungarischen Marine ist ebenfalls in unserem Besitze — Die japanische Regierung beschloß, Handelsdampfer, die nach Europa gehen, zu bewaffnen.

England beschlagnahmt norwegische Schiffsbauten. Aufsehen erregt in Norwegen die Mitteilung, daß England begonnen hat, die in England bestellte norwegische Tonnage zu beschlagnahmen. Nach dem Intelligenzsedler ist der neue gerade abgelieferte 6000 To.-Dampfer Modesta und der neue ebenfalls schon übergebene 10 000 To.-Dampfer Rinda, die beide schon die norwegische Flagge gehißt und eine norwegische Besatzung bekommen hatten, von den englischen Behörden beschlagnahmt worden.

*

Die Demütigung Griechenlands scheint mit der Annahme des Vierverbands-Ultimatums noch nicht aufhören zu wollen. Nach der V. Z. sollen die Athener Gesandten der Ententemächte einen neuen Schritt bei der griechischen Regierung unternommen haben, in dem sie auf unverzügliche Ausführung der im Ultimatum bereits geforderten Absetzung der für die Vorgänge am 1. Dezember verantwortlichen Generäle, soweit die öffentliche Sühnezeremonie vor den Ententeflaggen verlangen. — Meldungen besagen, daß weitere Kriegsschiffe der Entente vor dem Piräus eingetroffen sind. 5 italienische Kriegsschiffe liegen vor der Bucht. Nach Valona sind neuerdings mehrere Regimenter italienischer Infanterie und Gebirgsartillerie abgegangen.

*

Japans Kriegsgewinne. Die enormen Gewinne, die Japan aus dem Kriege zieht, treten immer wieder von neuem zutage. Während der ersten zehn Monate des Jahres 1916 war die Einfuhr um 172⅙, die Ausfuhr um 311½ Millionen Yen im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Der Wert der Einfuhr betrug im Jahre 1916 bis zum 31. Oktober 622,7 (450,8)) Millionen, der der Ausfuhr 879,5 (568) Millionen Yen.

*

Kleine politische Nachrichten.

Eine einmalige Teuerungsunterstützung soll, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, auch den pensionierten Reichsbeamten und ihren Hinterbliebenen zuteil werden.

Friedensbewegung.

Deutschland muß seine Friedensbedingungen nennen!

Immer wieder ist dies der Punkt, auf den jeder weitere Friedensschritt zurückführt. So meldet die bürgerliche Presse jetzt aus dem Haag:

Ein neuer Schritt Wilsons? Der Berichterstatter der Londoner Morningpost meldet aus Washington: Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß der Präsident Wilson entschlossen ist, einen Schritt weiter zu tun und **Deutschland zu veranlassen, seine Friedensbedingungen bekanntzugeben.** Der Präsident teilt nicht die weitverbreitete Meinung, daß durch die bisher gewechselten Noten über den Frieden nichts erreicht wurde. Er glaubt vielmehr an einen wesentlichen Fortschritt, der darin liege, daß die Friedensparteien in den einzelnen Ländern an Boden gewonnen hätten und eine dem Frieden günstige Stimmung hervorgerufen worden sei. Je mehr solche Strömungen ermutigt wurden, um so mehr Grund habe man, auf ein Zustandekommen des Friedens zu hoffen.

Wir haben gestern und immer wieder dargelegt, daß der nächste Schritt zum Frieden jetzt eine Vermittlung Amerikas sein müsse und nur darin bestehe, daß der Präsident Wilson die Regierungen der Zentralmächte auffordert, es dem Zehnverbande gleichzutun und auch ihre Friedensbedingungen zu nennen. Dann kann und muß die wirkliche Vermittlertätigkeit der Neutralen einsetzen. Solange die Regierungen der Zentralmächte eine Vermittlung so scharf ablehnen, wie das in der Antwortnote an Wilson geschah, solange sie sich weigern, ihre Friedensbedingungen eindeutig bekanntzugeben, so lange werden weitere Schritte zu Friedensverhandlungen erfolglos bleiben.

Friedenskundgebung der Leipziger Arbeiterschaft.

Die L. V. berichtet: In zwei großen, sehr stark besuchten Versammlungen hat am Sonntag die Leipziger Sozialdemokratie für den Frieden demonstriert. Sie hat durch die zahlreiche Beteiligung gezeigt, daß sie die Notwendigkeit, daß das Volk spricht, voll erkennt. Nachdem sich das Friedensangebot der Zentralmächte als untauglich erwiesen und die Note des Zehnverbandes wie ein eisiger Reif auf die Friedensbestrebungen gelegt hat, darf die Friedensarbeit nicht ruhen, sie muß immer wieder von neuem beginnen bis der Erfolg erzielt ist. Versagen die Regierungen, so muß an die höhere Instanz appelliert werden: an die Völker! An ihnen ist es, den stockenden Karren des Friedenswerkes wieder in Gang zu bringen. Ein jedes muß seine Pflicht tun. Und hier liegt jetzt die erste Aufgabe der Arbeiterschaft. Die Leipziger Arbeiterschaft hat in dieser Richtung entschlossen gehandelt. Eine eindrucksvolle Kundgebung des Friedenswillens ist von ihr ausgegangen. Mögen ihr recht viele im Reiche, in den Ländern der Zentralmächte und den Staaten des Zehnverbandes folgen.

Die einmütig beschlossene Kundgebung:

„Die Versammlung erblickt in dem Friedensangebot der Zentralmächte den ersten Schritt zur Anregung des Friedensschlusses, sie erachtet jedoch die überreichte kategorische Note als ungeeignet, den Frieden schnell herbeizuführen.

Den Mangel an Vorschlägen als Grundlage zu Friedensverhandlungen, sowie die Drohungen der Note bergen in sich die Gefahr der Verschleppung des Friedensschlusses und des weiteren Fortganges des Völkermordens.

Die Versammlung fordert daher die sofortige Bekanntgabe der Friedensbedingungen.

Gemäß unserer grundsätzlichen Anschauung, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Vergewaltigung eines Volkes. Pläne dieser Art führen nur zur Verschärfung und Verlängerung dieses Krieges und bergen den Keim neuer Kriege in sich. Soll die Dauer des Friedens gewährleistet werden, so ist vielmehr erforderlich, daß durch internationale Vereinbarungen überall die Rüstungen eingeschränkt und alle Streitigkeiten der Völker Schiedsgerichten zur Schlichtung unterbreitet werden.

Die Versammlung verurteilt die Ausschaltung des Reichstags von der Mitwirkung an dem Friedensangebot, sie sieht darin eine Nichtachtung des Volkes, dessen Gesamtkräfte zur Führung des Krieges in Anspruch genommen wurden.

Sie fordert daher die Volksmassen aller Länder auf, darauf zu dringen, daß der Krieg beendet und schnellstens Frieden geschlossen wird; sie erwartet besonders von den Sozialdemokraten aller Länder, daß sie ihre Stimme erheben und für die schnellste Erreichung des Friedens wirken."

Versuch zur Einberufung des Internationalen Bureaus.

Haag, 11. Jan. In Het Volk vom 10. Januar bespricht Genosse Troelstra den immer unhaltbarer werden Zustand, der durch Verkehrshindernisse und die Weigerung der Entente-Sozialisten — speziell der französischen Partei — betreffs Abhaltung einer Vollsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus entstanden ist. Selbst über den Vorschlag der seinerzeit mit der Exekutive betrauten niederländischen Delegation betr. Einsetzung einer Kommission zur Milderung der Kriegsleiden sei infolge der gestörten Beziehungen noch keine Entscheidung getroffen. „Die französische Partei fürchtet offenbar, daß diese Kommission zu einer verkappten Zusammenarbeit auf politischem Gebiete zwischen den Parteien führen könnte."

Der Verfasser verweist auf das Zunehmen der Strömung in der französischen Partei, die für Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ist, und daß die Mehrheit auf dem letzten Weihnachtskongreß nur noch winzige 130 Stimmen betragen habe; daß diese Mehrheit zudem nur eine fiktive (angenommene) sei, da die auf die besetzten Gebiete entfallenden (aber nicht vertretenen) Stimmen einfach als gegen die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen in Rechnung gesetzt wurden. Ferner wird auf den Beschluß der französischen Gewerkschaften verwiesen, die sich für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale ausgesprochen haben, und dann heißt es wörtlich:

„Welches moralische Recht hat ein solches Votum der französischen Partei, um in einer Zeit, wo selbst die Vertreter der herrschenden Klasse die Initiative zum Frieden ergreifen, das Proletariat als Friedensmacht zu lähmen? Darf durch die 130 denkwürdigen Stimmen das Organ, das ungeachtet aller Schwirigkeiten seine Beziehungen zu allen Parteien aufrechtzuerhalten wußte, zu einem toten Pferd am Baum erniedrigt und von jeder wirklichen Aktion abgehalten werden? Diese Fragen waren in einer Vorstandssitzung der S. D. A. P. und des niederländischen Exekutivkommitees des J. S. B. Gegenstand ernster Beratung. Das Resultat war, daß das Komitee sich jetzt in aller Form an seinen Vorsitzenden Vandervelde und an die englischen und französischen Parteien gewendet hat, um

1. eine Vollsitzung des Komitees (belgische und holländische Mitglieder) abzuhalten;

2. für die Anwesenheit von Vertretern der französischen und englischen Parteien Sorge zu tragen.

Auf die Tagesordnung der Versammlung stellte die holländische Delegation die Einberufung einer Vollsitzung des Bureaus, wofür die Parteien der Mittelmächte sich seit langem erklärt haben. Die holländische Delegation hat es als im Interesse der Sache liegend erachtet, unseren Parteigenossen Branting, den Freund der französischen Partei, zu der geplanten Zusammenkunft miteinzuladen, und es sollen Schritte getan werden, um den belgischen Mitgliedern (Anseele und Bertrand) die Reise nach dem Haag zu ermöglichen. — In tiefe Dunkelheit sieht die Menschheit den Stern des Friedens wieder hinter den Wolken verschwinden. Die imperialistische Presse aller Länder erklärt alle Friedensversuche schon jetzt für mißglückt. Kaiser und Könige, Ministerpräsidenten und andere offizielle Vertreter nationalistischer Interessen rufen ihre Völker auf zum Fortsetzen des Blutbades. Europa geht neuem Jammer, gräßlicherem Frevel auf allen Seiten, dem gänzlichen Untergang entgegen. Und in solch einer Zeit sollte die Internationale sich durch 130 Stimmen auf dem Papier zum Schweigen und Nichtstun verdammen lassen? Mit Spannung warten wir das Resultat dieses äußersten Versuchs unserer niederländischen Parteigenossen ab."

Weltkrise — Parteikrise.

Der einflußreichste **Mann in der Partei ist der Genosse Friedrich Stampfer.** Seine Zeitungs-Korrespondenz wird von dem größten Teil der Parteipresse benutzt, vor allem leider auch seine jetzt täglichen Empfehlungsartikel der **Mehrheits-Kriegspolitik.** Dieser bedeutsame Einfluß auf die Parteitaktik hat noch eine ungeheuere Steigerung erfahren durch die Heranziehung Stampfers zum geistigen **Leiter des Vorwärts.** Die täglichen Leitartikel des Vorwärts zeigen dieselbe Tendenz wie die täglichen Artikel Stampfers für die Provinzpresse, verwenden dieselbe Argumentation, dieselben Beispiele, ja enthalten zum Teil dieselben Sätze und Worte. Genosse Stampfer ist der Vertrauensmann des Parteivorstandes, denn der P. V., der nach diktatorischer Ausschaltung der Berliner Preßkommission und Entlassung der Vorwärts-Redakteure unbeschränkt über den Vorwärts verfügt, betraute Stampfer mit der geistigen Führung des Zentralorgans. So ist denn das, was der Genosse Stampfer schreibt, auch als **Meinung des Parteivorstandes** anzusprechen.

Nun findet am **Donnerstag** eine **Parteiausschuß-Sitzung** statt, die zur **Konferenz der Opposition** Stellung nehmen soll. Da ist es wichtig, was der Genosse Stampfer den Parteigenossen zu verkünden hat; die Partei im Lande ist dann orientiert, wie die Sache kommen wird.

Unter dem Titel: **„Weltkrise — Parteikrise"** schreibt also Friedrich Stampfer:

„Der verhängnisvolle Augenblick, in dem die proletarische Welt Deutschlands mehr denn je ihre Einigkeit und Geschlossenheit hätte beweisen müssen, fand die sozialdemokratische Partei leider in einem Zustand, der nicht mehr bloß das Vorstadium der Spaltung, sondern schon die Spaltung selber ist.

Darüber soll man sich nicht täuschen. Die Konferenz der Parteiopposition bedeutet die vollständige Zerreißung der organisatorischen Einheit der Partei. Nehmen wir einmal den Fall an, die Mehrheit hätte einen selbständigen Kongreß einberufen, von dem alle der Parteiminderheit zugehörigen Parteigenossen aufs strengste ausgeschlossen gewesen wären, nehmen wir an, dieser Kongreß hätte seine ganze Tagung dazu benützt, sich in wütenden Kampfreden gegen die ausgeschlossene, des Rechts der Gegenrede beraubte Minderheit zu erhitzen, nehmen wir an, dieser Kongreß hätte schließlich als Ergebnis seiner Beratungen der gesamten Oeffentlichkeit eine wilde Kampferklärung gegen die Minderheit unterbreitet — was würden wohl die Anhänger der Minderheit von einer derartigen Veranstaltung gesagt haben? Sie würden gesagt haben, daß die Abhaltung besonderer Richtungskongresse unverträglich ist mit der Einheit der Partei, daß es undemokratisch und unparteigenössisch sei, Parteigenossen von einer Tagung auszuschließen, um sie dann ungehört zu verurteilen, sie würden sagen, daß der-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621917 0116-19/fragment/page=0001
DFG

jenige, der so handelt, die Zertrümmerung der Partei wolle und ihre Spaltung betreibe.

Das aber, was die Mehrheit nicht getan hat, hat die Minderheit getan, und sie hat damit die organisatorische Einheit der Partei zerrissen. Das soll einmal ohne jeden Aufwand moralischer Entrüstung als unwiderlegliche vollzogene Tatsache festgestellt werden. Auch wenn man annimmt, daß die Teilnehmer an dem Sonderparteitag persönlich von den besten Absichten geleitet gewesen wären, kommt man über die Tatsache selbst nicht hinweg und nicht über die Konsequenzen, die sie nach sich ziehen muß. Wenn sich die Minderheit eine Kampforganisation gegen die Mehrheit schafft, wenn sie die Parteiorganisationen dort, wo sie sich in ihrer Hand befinden, zu diesem Zweck gebraucht und sie als Glied an jene Kampforganisation anschließt, dann ist es nicht mehr nur das Recht, es ist die Pflicht der Mehrheit, organisierte Angriffsmaßregeln mit organisierten Gegenmaßregeln zu beantworten.

Die notwendige Konsequenz des Sonderparteitags der Minderheit ist der Sonderparteitag der Mehrheit. Eine Partei aber, die nicht mehr gemeinsame Parteitage abhält zur Organisierung des Kampfes gegen einen gemeinsamen Feind, sondern die in ihrem Innern verschiedene Parteitage abhält, die einer gegen den andern gerichtet sind, hat in Wirklichkeit aufgehört, eine Partei zu sein. Darüber soll man sich nicht täuschen.

Die Leipziger Volkszeitung entrüstet sich im voraus über die zu erwartenden Gegenmaßregeln, indem sie ihren Leitartikel vom 12. Januar überschreibt: „Die Opposition soll fliegen!" Man sollte doch wenigstens in dem gegenwärtigen unaeheuer ernsten Augenblick davon ablassen, die gekränkte Unschuld vom Lande zu spielen. Die Opposition hat sich zu dem Zwecke organisiert, die Mehrheit an sich zu reißen, um dann die zur Minderheit gewordene Mehrheit aus der Partei hinauszuwerfen. Unzählige Male ist den Vertretern der Mehrheit von der Minderheit vorgeworfen worden, daß sie alle Grundsätze mit Füssen getreten und ohnedrein noch ehrlos gehandelt hätten. Es kommt hier gar nicht darauf an, ob diese Behauptungen die Ausströmungen einer reinen Erkenntnis und eines hohen sittlichen Bewußtseins oder ob sie sinnlose, schmutzige Verleumdungen sind — aber die Frage erhebt sich von selbst, ob die Opposition wirklich gewillt ist, mit angeblichen Parteiverrätern und ehrlosen Gesellen unter dem Dach ein und derselben Partei zu hausen, oder ob sie nicht ihren Gegnern den Weg zur Türe weisen würde, wenn sie dazu die Macht hätte. So gibt es nur zwei Möglichkeiten: man kann die Mitglieder des Minderheits-Parteitags als kranke eigensinnige Kinder betrachten, die selber nicht wissen, was sie wollen und die schon wieder still sein werden, wenn sie sich ausgeschrien haben. Oder aber man muß ihnen soviel Achtung beweisen, sie als Männer zu behandeln, die wissen, was sie wollen. Und dann muß man ihnen sagen: eure Wege sind andere als die unseren. Was euch als Heil und Segen für die deutsche Arbeiterbewegung erscheint, erscheint uns für sie als Tod und Verderben. Darum habt ihr das Band der Gemeinsamkeit zerrissen, das uns früher miteinander verbunden hat. Nun tut euch selber wenigstens den Gefallen, euch männlich zu betragen und nicht über das zu greinen und zu heulen, was ihr selbst gewollt habt.

Die Spaltung ist da, aber die Wiederherstellung der Einheit muß das Ziel bleiben. Niemand kann heute voraus sagen, auf welchem Wege sie erfolgen wird. Heute kann man nur mit dem Vorsitzenden des Minderheits-Parteitags, Dittmann, sagen: „Jetzt gehe jede Richtung hinaus und wirke für ihre Ziele!" Das gilt nicht nur für die Arbeitsgemeinschaft, nicht nur für die Spartakus-Gruppe, nicht nur für die Gruppe der internationalen Sozialisten, es gilt auch für die Mehrheit, den festen Stamm der sozialdemokratischen Partei, für die Masse der Parteigenossen, die fest zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und zum sozialdemokratischen Parteivorstand stehen. Ihr Programm ist die Wiederherstellung der Einheit der Partei **unter Ausschaltung derjenigen Elemente, die die Einheit nicht wollen und die darum nach ihrer Ueberzeugung als schlimme Schädlinge der Arbeiterbewegung zu betrachten sind.**

Die sozialdemokratische Partei in ihrer Mehrheit steht fest zur Gewerkschaftsbewegung, von der sie alle Spaltungs- und Zerspliterungs-Bestrebungen fernzuhalten bemüht ist. Sie wird sich fernhalten von dem Geist der Unduldsamkeit und Verketzerung und wird Meinungsverschiedenheiten in ihren Reihen gelassen ertragen, solange sie innerhalb des Rahmens der Organisation ausgetragen werden. Jene aber, die sich durch ihr eigenes Tun außerhalb des Gesamtverbandes stellen, wird sie bekämpfen müssen, solange sie in ihrer parteischädigenden Haltung verharren. Es gibt nur noch einen Weg: Durch Krise zur Gesundung, durch Spaltung und Kampf zu Einigkeit und Macht!"

*

Soweit der Genosse Stampfer.

Es nimmt nicht wunder, daß er nicht sehen will, daß die Kriegspolitik der Mehrheit der alten Fraktion und des Parteivorstandes die Ursache der Zerspaltung, daß er nicht zugeben will, daß das undemokratische Vorgehen des Parteivorstandes — man denke nur an den Vorwärts-Konflikt und die Unterstützung der Gründung von Sonder-Organisationen in Teltow-Beeskow und Berlin usw. — den Konflikt verschärfte und Maßnahmen der Opposition hervorrief zum Schutze der grundsätzlichen sozialistischen Taktik und der Demokratie in der Organisation. Das alles wird außer acht gelassen.

Nun gleichviel: die Frage ist jetzt, was wird der Parteivorstand tun „zur Ausschaltung derjenigen Elemente", die als „schlimme Schädlinge der Arbeiterbewegung zu betrachten sind". Zunächst einmal: wie sollen die schlimmen Schädlinge festgestellt werden? Welches ist das Kennzeichen eines solchen? Dann, wenn das „festgestellt" und ein solches Kennzeichen errichtet worden ist, welches ist dann der Paragraph des Organisationsstatuts, auf Grund dessen die Ausschaltung, die Ausschließung erfolgen soll? Und wie steht es mit den Organisationen, die sich gegen die Kriegspolitik des P. V. erklären? Sollen sie auf den Stuttgarter und Bremer Weg gewiesen werden? Was wird aus den Parteiblättern, die auf dem Boden der Politik vor dem 4. August 1914 stehen? Wird ihnen das Schicksal des Duisburger, des Bremer Parteiblatts, das Schicksal des Vorwärts bereitet? Ein Dutzend anderer Fragen springen auf — doch wir bescheiden uns. Wir haben zunächst einmal die Entscheidung des Parteiausschusses zu erwarten. Da der Parteivorstand für seine Taktik im Parteiausschuß eine feste Mehrheit besitzt, ist die Richtung der Beschlüsse des P. A. nicht zweifelhaft. Unbestimmt ist nur, wie sie praktisch lauten und wie weit sie gehen werden. Dann wird zu ihnen Stellung zu nehmen sein.

*

„Vom Hinauswerfen."

Unter diesem Titel schreibt die Bergische Arbeiterstimme, unser Parteiblatt in Solingen, dem Wahlkreise des Gen. Scheidemann:

„Neben dem Dr. Lensch fordert auch das Dresdner und Stuttgarter Parteiblatt den Hinauswurf der Opposition aus der Partei. Der Gedanke ist nicht übel. Die Rumpfpartei würde sich dann in aller Seelenruhe in den Besitz aller Parteiinstitutionen setzen, also für sich in Anspruch nehmen, was die Arbeiterschaft in fünfzigjähriger Arbeit aufgebaut hat. Wirklich: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!" Dem Stuttgarter Organ steht das Toben besonders gut an. Es vertritt die Sonderorganisationen, die von dem Drittel der auf dem Boden der „Mehrheit" stehenden Stuttgarter Genossen im Anfang des Jahres 1915 geschaffen wurden. Mit welchem Recht die als Mehrheit bezeichnete Parteirichtung sich für die Partei hält, verraten die beiden Blätter mit keinem Sterbenswörtchen. In der Berliner Sonderorganisation der paar Mehrheitsanhänger Berlins sprach sich auch Ebert sehr entrüstet über die Reichskonferenz der „Minderheit" aus. Ebert ist bekanntlich der Vorsitzende des Parteivorstandes, der, nachdem die Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg einen neuen Vorstand gewählt hatte, es duldete, daß der frühere Vorstand Sonderorganisationen gründete, und der dann die Sonderorganisationen als die Parteiorganisation erklärte. Der gleiche Ebert ist ein Firmenträger der Bremer Bürgerzeitung, die unter Bruch von Treu und Glauben und den Parteisatzungen dem ordentlichen Parteiverein abgenommen und einer Bremer Sonderorganisation, die auf sein Anstiften gegründet wurde, überantwortet worden ist. Der nämliche Parteivorsitzende duldet es, daß das Vermögen des ordentlichen Parteivereins unter Bruch von Treu und Glauben der neuen Sonderorganisation gedeiht weiter. Die Liste der Organisationssünden ist damit keineswegs abgeschlossen, aber wir wollen es genug sein lassen. Wir haben nur die Absicht, die schone Forderung auf „Enteignung" der wahrscheinlich sehr viel größeren Hälfte der Partei ein wenig zu illustrieren, weil diese Hälfte von dem natürlichsten Recht Gebrauch gemacht hat, das jeder Staatsbürger im preußischen Staate hat, nämlich das Streben, politisch Gleichgesinnte zu politischen Aktionen zusammenzufassen. Wo wäre heute die nationalliberale Partei, wenn sie seinerzeit Jungliberale und Altliberale hinausgeworfen hätte? Wo wäre das Zentrum, wenn es seine Rören-Richtung hinausgeworfen hätte? Wo wären die Konservativen, die Linksliberalen und so fort? Es ist ausgerechnet Sozialdemokraten, den Hütern und Mehrern der politischen Freiheit, vorbehalten geblieben, mit den Methoden des Polizeistaates gegen jene vorgehen zu wollen, die in dem größten weltpolitischen Konflikt in Differenzen mit Instanzen, nicht mit Grundsätzen, der Partei geraten sind. Wirklich, wir haben vor solchen Geistesathleten allerhand Hochachtung. Das ist unter dem Belagerungszustand in unserer einst so stolzen Partei möglich!"

Politische Uebersicht.

Der Ruf nach dem „stahlharten Mann".

Der konservative Landtagsabgeordnete Freiherr von Maltzahn sprach in Stralsund über die politische Lage. Nach einem Bericht der Kreuzzeitung über die Lage der Entente bemerkte er:

„Wir wissen absolut zuverlässig, daß die Entente vor einem Defizit von 80 Millionen Zentner Futtergetreide und 140 Millionen Zentner Weizen steht! Daraus erwächst für uns die Forderung: Diese Lage der Feinde auszunutzen, zum Siege gegen den schlimmsten Feind auszunutzen ohne Rücksicht auf den Schutzpatron England. Es ist ja eigentlich gar kein Kampf mehr zwischen Völkern Europas, sondern ein Kampf zwischen dem kontinentalen Europa und der englisch-amerikanischen Wirtschaftsvertretung! Von solchem Gesichtspunkte aus müssen wir unsere Kriegsziele betrachten. Was muß geschehen, um Englands wirtschaftlicher Not nachzuhelfen? Unseres Kaisers Erlaß gibt den Ausgangspunkt und weist unserem Heer und der Marine den Weg. Wir müssen daran denken, daß die Zeit so ernst ist, wie nie, da brauchen wir einen stahlharten Mann! Wir fürchten Gott, sonst nichts, auch nicht Amerika! Schon vor einem Jahre wurde die Abschlußkundgebung erwogen, als die deutsche Note vom 2. Febr. 1916 den neutralen Staaten unser rücksichtsloses Vorgehen gegen bewaffnete feindliche Handelsschiffe ankündigte. Leider möchte sich später Amerika ein und einstweilen — es mögen triftige Gründe dafür vorgelegen haben — wurde die schärfste Waffe, die wir haben, noch nicht angewendet. Heute stehen wir vor der Frage: was soll nun werden? Wir müssen uns bewußt sein: es geht aufs Ganze, zu halben Maßnahmen ist keine Zeit. Der Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe ist an sich kein Mittel, um zu unserem Ziele zu kommen. Der Krieg gegen England ist ein Tonnagekrieg, zur Verhinderung der englischen Einfuhr brauchen wir die Festsetzung eines Kriegsgebietes um England, innerhalb dessen jedes Schiff versenkt wird. Nur dies Mittel vermag England innerhalb einiger Monate so zu schädigen, daß wir zu unserem Ziele kommen. Gerade in den nächsten Monaten beginnt die Verproviantierung unseres Feindes, die jetzt schon infolge des längeren Weges, den die Schiffe zu durchfahren haben, schwieriger ist als sonst, der Zeitpunkt für unser Mittel ist also sehr günstig."

Die Herren Konservativen faßten auch gleich einen Beschluß, in dem sie die „rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel" wünschen. Sollte das nicht in ihrem Sinne geschehen, so dürfte wohl das Verlangen nach einem „stahlharten Manne" noch deutlicher geäußert werden.

„Die Sozialdemokratie ist zum Eckstein geworden!"

Auf der Landesversammlung der württembergischen Fortschrittler sprach der Abgeordnete v. Payer Worte gegen die konservative Kanzlerstunde, die ausgerechnet jetzt, in dieser schweren Zeit, ihre ganze Kraft darauf konzentriere, den Reichskanzler zu stürzen. Die von den Konservativen verlangten Kriegsmethoden würden uns jedoch nach menschlichem Ermessen ins Verderben führen. Dem Kanzler, den die Sozialdemokratie unterstütze, hätten die Konservativen darum Rache geschworen, weil er eine innerpolitische Neuorientierung anbinbahte. Diese Neuorientierung sei es, die die Konservativen unter allen Umständen und mit allen Mitteln hintertreiben wollen. **Auf die Sozialdemokrate könne man heute das Wort anwenden: „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden."**

Zur Nachwahl in Potsdam.

Das B. T. meldet:: „Die Kandidatenfrage für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl im Kreise Potsdam-Osthavelland ist noch immer nicht gelöst. Aber eine sogenannte „bürgerliche Sammelkandidatur ist nicht mehr zu erwarten. Wie wir erfahren, treten am nächsten Donnerstag die sozialdemokratischen Mehrheitsanhänger noch einmal zusammen, um darüber Beschluß zu fassen, ob ein Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheit gegen den von der radikalen Gruppe Internationale aufgestellten Schriftsteller Franz Mehring als Reichstagskandidat benannt werden soll. **Nach dieser Entscheidung werden auch die anderen Parteien ihr Verhalten einrichten."**

Das bedeutet wohl, daß man von der Aufstellung eines bürgerlichen Kandidaten Abstand nehmen werde, wenn die Sozialdemokrat des rechten Parteiflügels (Scheidemann-Ebert) dem Genossen Mehring entgegengestellt wird. Das wäre ein so bezeichnender Vorgang für die allerneueste Entwicklung unserer deutschen Parteiverhältnisse, daß man zunächst noch nicht daran zu glauben vermag.

Aus dem Rechtsanwaltsstande ausgelöscht!

Der Reichsanzeiger meldet: Rechtsanwalt Dr Karl Liebknecht ist in den Listen der bei den Landgerichten 1, 2 und 3 Berlin zugelassenen Rechtsanwälte nunmehr gelöscht worden.

Deutsch-türkische Verträge.

Wie die Nordd Allg. Ztg. meldet, sind im Auswärtigen Amte von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und des Osmanischen Reiches nachstehende Rechtsverträge abgeschlossen worden: Ein Konsularvertrag, ein Vertrag über Rechtsschutz und gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, ein Auslieferungsvertrag, ein Niederlassungsvertrag sowie ein Vertrag über die gegenseitige Zuführung von Wehrpflichtigen und Fahnenflüchtigen der Land- und Seestreitkräfte, außerdem fünf weitere Verträge, wodurch die Bestimmung der bezeichneten Rechtsverträge auf die deutschen Schutzgebiete zur Anwendung gebracht werden. Gleichzeitig mit der Zeichnung dieser Verträge hat ein Notenwechsel stattgefunden, der gewisse Uebergangsbestimmungen für die Ausführung der Verträge vorsieht, sowie ein weiterer Notenaustausch über den künftigen Abschluß eines Handelsvertrags. — Die Bedeutung dieser Verträge liegt darin, daß sie das alte System der sogenannten Kapitulationen, das bisher die Rechtsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Osmanischen Reiche geregelt hatte, durch neue, dem modernen Völkerrecht und dem Grundsatze vollkommener Gegenseitigkeit entsprechenden Bestimmungen ersetzen sollen. Die Verhandlungen sind in Berlin geführt worden und haben gerade ein Jahr in Anspruch genommen. Die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind nun in eingehender und erschöpfender Weise geregelt worden, wie dies niemals zwischen zwei Völkern in einem einheitlichen Vertragswerk geschehen ist. Die Verträge werden so bald als möglich dem Bundesrat und dem Reichstage sowie dem osmanischen Parlamente vorgelegt werden.

Vermögensabgabe unbeliebt.

In einer Versammlung des Nationalliberalen Vereins zu Hannover hat der Abg. Stresemann die Finanzfrage eingehend besprochen. Er wendete sich auch gegen die Idee eines Verständigungsfriedens ohne Landerwerb und Kriegsentschädigungen und wies auf die schwierige finanzielle Lage hin, in die Reich, Bundesstaaten und Gemeinden nach dem Kriege kommen würden, wenn es nicht gelänge, eine Kriegsentschädigung zu erlangen. Im Zusammenhange hiermit erörterte er den Gedanken, einer eventuellen Deckung der Kriegsschuld durch die lebende Generation in Form einer Vermögensabgabe. Diese Ausführung Stresemanns scheinen auch in jenen Finanzkreisen, die der nationalliberalen Partei nahestehen, starkes Herzklopfen verursacht zu haben. Die Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, sieht sich veranlaßt, die Rede Stresemanns in diesem Punkte zu unterpretieren. Sie schreibt:

„Diese Ausführungen sind vielfach insofern falsch verstanden worden als man aus dieser Rede die Forderung einer solchen Vermögensabgabe herausgelesen hat, während Dr. Stresemann seinerseits ausführte, daß eine derartige Vermögensabgabe nicht nur etwa die Besitzenden belaste, sondern auch den Unternehmungsgeist in Deutschland unter Umständen derartig herabdrücken würde, daß nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter und die ganze Volkswirtschaft dabei die Leidtragenden sein würden."

Man weiß aus Erfahrung, daß sich das Kapital, wenn es eine Abgabe leisten soll, immer darauf beruft, die Arbeiter würden die Leidtragenden sein. Also ist es immer gleich am besten, die Arbeiter zahlen die Steuern.

Neue Verpflegungsrationen.

Berlin, 15. Januar. Zu der Blättermeldung über **die den Soldaten im Felde zustehenden Gebührnisse ist folgendes zu bemerken:**

Die Soldaten draußen erhalten seit dem 1. Juni 1916:

Gemüse: nicht 150 Gramm, sondern 125 Gramm Reis, Grauben, Grieß; nicht 1500 Gramm Kartoffeln oder 250 Gr. Kartoffelflocken oder 300 Gramm Dörrkartoffeln, sondern 300 Gramm Kartoffeln oder 50 Gramm Kartoffelflocken oder 60 Gramm Dörrkartaffeln nebst entsprechenden Teilen der anderen Gemüsesorten für den Ausfall an Kartoffeln gegenüber dem Portionssatz von 1500 Gramm;

nicht 150, sondern 125 Gramm Backobst;

nicht 25 Gramm Kaffee, sondern 15 Gramm Kaffee nebst 6 Gramm Zichorien;

an Brotaufstrich: nicht 65 Gramm Butter oder Schmalz oder fettes Schweinefleisch in Dosen, sondern 55 Gr. Butter oder Schmalz oder fettes Schweinefleisch in Dosen für den Westen, 65 Gramm Butter usw. für den Osten;

nicht 125 Gramm Käse, sondern für den Kopf und Monat 200 Gramm Käse;

an Genußmitteln: nicht 0,1 Liter Branntwein täglich, sondern nur unter besonderen Voraussetzungen, Klima, Witterung usw., 0,1 Liter Branntwein;

nicht 0,1 Liter, sondern 0,02 Liter Fruchtsaft;

an Brot: nicht 75 Gramm Mehl, sondern bis zu 40 Gramm Mehl.

Gegenseitige Beschuldigungen.

Die erste schwere Diskussion zwischen den Kämpfenden wird fortgesetzt. Sie bewegt sich, wie das nach der beispiellosen Erbitterung selbstverständlich ist, noch weiter in den schärfsten Beschuldigungen. So wird jetzt gemeldet:

Berlin, 15. Januar. Von befugter informierter Seite — also von der Regierung, Red. — ist das Wolffsche Telegraphische Bureau ermächtigt, auf die amtliche Reuter-Auslassung über die deutsche Note an die Neutralen folgendes zu erwidern:

Die Fragen und Vorwürfe, die Reuter im Auftrage der englischen Regierung erhebt, um Deutschlands Schuld am Ausbruch des Krieges zu beweisen, sind für niemand mehr neu. Es sind dieselben Phrasen, die längst widerlegt worden sind. Wir stellen einige Gegenfragen. Hat nicht Sir Edward Grey erklärt, er verzichte auf die Konferenzidee, wenn es Deutschland gelinge, Oesterreich-Ungarn zu direkten Verhandlungen mit Rußland zu bringen, und ist dies Deutschlands dauernden Bemühungen nicht geglückt? War nicht die Anerbietung eines Schiedsgerichts an demselben Tage, wo Rußland gegen Oesterreich-Ungarn, den Bundesgenossen Deutschlands, das diesem vertragsmäßig zur Hilfe verpflichtet war, mobilisierte, ein Ansinnen, auf das Deutschland nur so reagieren konnte, wie es reagiert hat? Hat nicht der englische Botschafter in Petersburg schon am 25. Juli Sasonow gewarnt, die Mobilisation anzuordnen, weil Deutschland nicht mit einer Gegenmobilisation sich begnügen könne, sondern sogleich Krieg erklären müsse? Hat nicht Graf Pourtales Herrn Sasonow dasselbe gesagt? Hatte es nicht England in der Hand, dem Kriege fernzubleiben, wollte es nicht vielmehr die Gelegenheit benutzen, um über Deutschland herzufallen, nachdem Sir Edward Grey es abgelehnt hatte, neutral zu bleiben, selbst wenn Belgiens Neutralität, oder die Integrität Frankreichs und der französischen Kolonien von Deutschland garantiert werden würden? Spricht daraus und aus der strikten Weigerung, überhaupt Bedingungen zu nennen, unter denen Großbritannien neutral bleiben würde, nicht der absolute Angriffswille Englands, hat sich nicht Rußland bei England nach vollzogener Mobilisation für die „feste Haltung" bedankt, die England Deutschland gegenüber eingenommen hat? — Warum schweigt die Reuter-Meldung über Irland, wo englische Offiziere unschuldige Iren aus reiner Lust am Töten ohne Kriegsgericht erschossen haben? Erinnern sich die Engländer nicht an die Konzentrationslager während des Burenkrieges, wo tausende unschuldiger Burenkinder zugrunde gingen, und weiß die englische Regierung nicht, wie eine große Anzahl der Buren noch jetzt über England denkt? Sind der englischen Regierung die Duma-Debatten über die Behandlung der Fremdvölker in Rußland unbekannt? Noch neulich hat der russische Abgeordnete Tschenkeli in der Duma gesagt, daß oft von der Dumatribüne davon gesprochen worden sei, daß die russische Regierung während des Krieges alle menschlichen und göttlichen Gesetze hinsichtlich einer ganzen Reihe von Völkerschaften verletzt habe. Sind nicht nach dem unanfechtbaren Zeugnis russischer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170116-19/fragment/page=0002

Dynamitglieder zahllose Juden in Rußland unschuldig aufgehängt und Mohammedaner im Kaukasus zu Tode gequält worden? Hat nicht England und Frankreich unter dem heuchlerischen Mantel der Schutzmacht an das souveräne Griechenland Forderungen gestellt, die weit über die Forderungen hinausgingen, die seinerzeit Oesterreich-Ungarn an Serbien zu stellen gezwungen war? Was die Kolonien anlangt, so hat Deutschland die seinigen alle durch friedliche Abmachungen gewonnen. Es hat auch kein Schuldkonto aufzuweisen wie das, mit dem England in Indien und Frankreich in Marokko belastet sind. Kann England irgendeinen Beweis dafür erbringen, daß Deutschland vor der Auslegung des englischen Minenfeldes in der Nordsee Minen anderswo als an den deutschen und englischen Küsten und in den Zufahrtsstraßen zu den englischen Gewässern nach entsprechender Warnung an die Neutralen gelegt hat? Ist nicht der deutsche Unterseebootkrieg lediglich eine Vergeltungsmaßregel gegen die englische Aushungerungspolitik? Ist den Engländern unbekannt, daß Paris eine Festung war, die von Deutschland regelrecht nach den Gesetzen des Krieges belagert worden ist? Ist den Engländern bekannt, daß es russische Gefangenlager gibt, in denen während des Krieges viele tausende deutscher Gefangener elend zugrunde gegangen sind, in Tokfi allein 17 000? Weiß man in Europa, daß in manchen Gefangenlagern die Leichen der Verstorbenen in gefrorenem Zustande übereinandergestapelt worden und vor den Lagern aufgeschichtet worden sind? Warum erwähnt die Reuter-Note nur den Lusitaniafall, nicht aber die Pogroms in Johannisburg, London und Moskau, den Baralongfall, den King Stephen, den Fall Felicie Pfadt, die Erschießung unschuldiger deutscher Kaufleute in Marokko, die Ermordung des deutschen Botschaftsbeamten Kattner unter den Augen und mit Billigung der russischen Polizei? Warum beschäftigt sich die englische Presse nicht mit den englischen Anerbietungen über Belgien im Jahre 1887? Vermeidet man es, zu gestehen, daß die englische Regierung zweierlei Interpretationen des Völkerrechts kennt, je nachdem die eine oder andere ihren Interessen nützlich ist? — Warum hat man in England die Veröffentlichung der belgischen Gesandtenberichte über die Einkreisungspolitik Englands verboten? Schämt man sich seiner eigenen Taten?" (W. T. B.)

Ums tägliche Brot.

Das Kriegsamt gegen den Kettenhandel.

Auf eine Anfrage des Deutschen Handelstages hat das Kriegsamt geantwortet:

„Abweichend von den Friedensgebräuchen des Handels betrachtet das Amt unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft jede Art von Handel in Heeresbedarfsartikeln als unerwünscht und sucht denselben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auszuschalten. Einen solchen Handel betreibt, wer ohne Mitwirkung bei der Fabrikation lediglich kauft und verkauft, durch diese Tätigkeit sich in unwirtschaftlicher Weise in die unmittelbare Zuführung der Ware vom Erzeuger in den Verbraucher eindrängt und auf diese Weise die Bildung einer Handelskette verursacht. Als ebenso unerwünscht gilt dem Amte jede Vermittlertätigkeit auf dem Gebiete der Heereslieferungen, abgesehen von derjenigen, die im Sinne des Handelsgesetzbuches von vertraglich bestellten Handelsagenten ausgeübt wird."

Für Petroleum — dänische Fische.

Dänemark ist von England die bisherige Lieferung von Petroleum und Benzin abgeschnitten worden und die Fischerei, die in der Hauptsache mit Motorfahrzeugen betrieben wird, ist dadurch zum Stillstand gekommen, weil die dänischen Hochseefischer sich weigern, die von England verlangte Garantie gegen jede Ausfuhr von Fischen nach Deutschland zu geben. Die dänisch-englischen Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis. Die Eroberung der rumänischen Oelquellen wird nun den englischen Druck auf dem Gebiete der dänischen Fischausfuhr weniger fühlbar machen. Nach Meldungen, die von der dänischen Grenze kommen, ist das erste rumänische Petroleum nach Dänemark beordert worden. In Esbjerg an der Westküste Südjütlands sind bereits die ersten größeren Ladungen Petroleum eingetroffen und Transporte nach anderen dänischen Fischerstädten sind unterwegs. Es kann sich nur noch um eine kurze Zeit handeln, dann werde man in Dänemark einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden haben: entweder die bisherige Lieferung der englischen Brennöle wird fortgesetzt, oder die dänische Großfischerei verwendet für ihren Motorbetrieb ausschließlich rumänisches Petroleum.

Verordnung für Biertrinker in Bayern. Das stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps hat für den Bezirk München angeordnet, daß in den Ausschankstätten an einen Gast während der Mittags-Ausschankzeit nicht mehr als ein halbes Liter, während der abendlichen Ausschankzeit nicht mehr als drei halbe Liter Bier verabfolgt werden.

Aus der Provinz.

Weitere Durchführung der Kriegsküchen.

Ueber Massenspeisungen hat der Minister des Innern einen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet. Die Einrichtung soll weiter ausgebaut werden. Ein Zwang zur allgemeinen Teilnahme werde sich nicht durchführen lassen. Es sollen aber alle Gemeinden die Speisungen einrichten, in denen ein Bedürfnis dazu vorliegt oder im Laufe des Winters eintreten kann. Die Speisenausgabe soll zu den Selbstkosten erfolgen. Die Entnahme von Speisen darf in der Regel nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft werden. Berechtigungsausweise können nach wie vor umsonst oder billiger von der Wohlfahrtspflege usw. ausgegeben werden. Die Gemeinden können verschiedene Arten von Speisehäusern einrichten, auch können dafür entsprechende Unternehmungen zugelassen werden. Speisen dürfen nur gegen die Lebensmittelkarte abgegeben werden.

Verkehr mit Sommergerste und Hafer zu Saatzwecken.

Der Verkehr mit Saatgut von Sommergerste und Hafer, der bis jetzt verboten war, ist nunmehr vom Kriegsernährungsamt erlaubt und der gleichen Regelung unterworfen worden, die bereits für Brotgetreide gilt. Veräußerung, Erwerb und Lieferung von Sommergerste oder Hafer zu Saatzwecken kann daher nunmehr gegen Saatkarte vor sich gehen. Die Zulassung zum Handel mit nicht selbst gebautem Saatgut erfolgt bei Hafer und Sommergerste durch die Reichsfuttermittelstelle, die ihre Befugnisse auf andere Stellen übertragen kann. An den Bestimmungen der Höchstpreisverordnungen, nach denen Saathafer und Saatgerste, die in anerkannten Saatgutwirtschaften oder in solchen Betrieben gezogen wurden, die sich nachweisbar in den Jahren 1913 und 1914 mit dem Verkaufe selbstgezogener Saatgutes befaßt haben, höchstpreisfrei sind, ist nichts geändert worden. Gegen übermäßige Preissteigerungen bei solchem Saatgut bieten die allgemeinen Bestimmungen eine genügende Handhabe.

Modelwitz. 25 Einbrüche verübt. Nicht weniger wie 25 Einbruchsdiebstähle wurden dem 31jährigen Musiker Willi Paul Hagenbruch und dem 19jährigen Arbeiter Robert Friedrich nachgewiesen, die sich im Oktober 1916 die Dörfer in der Umgegend Leipzigs wochenlang heimgesucht hatten, bis man sie festnehmen konnte. Insbesondere hatten sie es auf Gänse, Enten, Hühner und Kaninchen abgesehen, die sie an Ort und Stelle abschlachteten und in Leipzig verkauften, auch Schinken und andere Nahrungsmittel nahmen sie mit. In einem Falle erbeuteten sie auch Geld und Schmucksachen. Gegen Hagenbruch, der schon oft vorbestraft und aus dem Heere wegen Fahnenflucht ausgestoßen ist, erkannte das Landgericht auf sechs Jahre Zuchthausstrafe, gegen Friedrich auf 3½ Jahre Gefängnisstrafe.

Bansleben. Schwerer Unglücksfall. Am vergangenen Sonnabend ereignete sich in der im Bansleber Gebiet liegenden Kiesgrube des Maurermeisters Höhne aus Hohnstedt ein schwerer Unglücksfall. Als mehrere Frauen und Mädchen mit Kieswagen über eine Brücke fuhren, stürzte diese plötzlich zusammen. Mit schweren und leichteren Verletzungen wurden die Verunglückten unter den Trümmern hervorgeholt. Hier muß doch die ernste Frage aufgeworfen werden: Wie war es möglich, daß die Brücke zusammenstürzen konnte und wer ist dafür verantwortlich zu machen?

Bitterfeld. Schularbeitsstunden. Um solche Schüler, deren Väter im Felde stehen, zu unterstützen, sollen an der Mackenseschule Arbeitsstunden eingeführt werden, in denen die Schüler nachmittags ihre Schulaufgaben unter Aufsicht anfertigen können. Die Aufsicht übernehmen die Lehrer unentgeltlich.

Golpa. Unglücksfall. Am Sonnabend waren in der Grube die von dem Schiefermeister gelegten Schüsse bis auf einen vorschriftsmäßig losgegangen; aber der eine stecengebliebene, der nicht beachtet wurde, sollte einem Arbeiter zum Unglück werden. Ein Baggermeister, der die Stelle später passierte, wurde durch den dann plötzlich noch losgehenden Schuß im Gesicht und an der Hand verletzt. Er mußte sich in das Krankenhaus Bergmannstrost in Halle begeben.

Wittenberg. Gelddiebstahl. Der in der Marstallstraße wohnenden Frau Berger waren aus der Wohnung etwa 200 Mark gestohlen. In Verdacht geriet die auf den Dynamitwerken beschäftigte Anna Hofmann aus Halle, die verhaftet wurde, und bei der auch noch 170 Mk. gefunden wurden.

— Ein Fahrkartenschwindler. Das Schwurgericht Halberstadt verurteilte am 5. September v. J. den Schlosser Otto Giebel wegen versuchten Betrugs zu zwei Monaten Gefängnis. Giebel war von Wittenberg nach Aschersleben gefahren, hatte sich für die Fahrt aber nur eine Fahrkarte vierter Klasse für 10 Pfennig gelöst. Den Bestimmungsort, der auf jeder Fahrkarte aufgedruckt ist, machte er durch Abkratzen unleserlich. Als Giebel dem Schalterbeamten die Karte mit der Aufgabe nach oben übergab, wurde er festgenommen. Die Geschworenen verneinten das Vorliegen einer Urkundenfälschung sowohl als eines vollendeten Betruges, sie nahmen einen Versuch an. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

Mühlberg. Lohnbewegung der Geschirr- und Beleder. Die Firma Bruno Apelt, sowie die Sattler-Innung beledern Geschirrkörbe aller Art für die Heeresverwaltung. Schon lange herrscht unter den dabei beschäftigten Arbeiterinnen berechtigter Unmut über die schlechte Entlohnung. Der Verband der Sattler und Portefeuiller wurde auf diese Zustände aufmerksam gemacht, und so tagte dann am Sonnabend eine Versammlung, die von den Arbeiterinnen gut besucht wurde. Der Gauleiter Busch-Leipzig referierte über die Tarifverträge, die für die Arbeiter mit der Heeresverwaltung abgeschlossen sind. In der darauf folgenden Aussprache wurde festgestellt, daß der hier gezahlte Lohn zu den Tarifverträgen in gar keinem Verhältnis steht, so daß die Unternehmer Tausende von Mark, die den Arbeiterinnen zukommen müßten, für sich behalten konnten. Nachdem die Arbeiterinnen ihren Beitritt zum Verband erklärt hatten, wurde der Gauleiter Busch beauftragt, bei Herrn Bruno Apelt, sowie beim Obermeister der Sattlerinnung, Herrn Finster, vorstellig zu werden. Mit der Aufforderung an die Arbeiterinnen, dem Verbande treu zu bleiben, um dadurch ihre berechtigten Interessen zu wahren, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Der Gauleiter Busch hat inzwischen mit Herrn Bruno Apelt und mit Herrn Finster verhandelt. Herr Apelt hat zugesagt, von jetzt an die Tariflöhne zu bezahlen, aber nachzahlen will er nichts. Herr Finster konnte sich auf nichts festlegen; er müsse erst mit seinen Kollegen darüber sprechen. Nun, man wird abwarten, ob die Unternehmer den Tariflohn bezahlen. Der Instanzenweg zur Erlangung der Nachzahlung bleibt für die Arbeiterinnen immer noch offen. Die Arbeiterinnen aber werden aus diesen Vorgängen ersehen, daß nur durch die Organisation etwas zu erreichen ist, darum sollten alle dem Verbande beitreten und treu zu ihm stehen.

Ober-Heldrungen. Bergmanns Tod. Durch einen bedauerlichen Unfall im Schacht der Gewerkschaft Walter ist plötzlich der 37jährige Bergmann Pilz ums Leben gekommen. Er war unter Tage mit Bohrarbeiten beschäftigt, als plötzlich der Erdboden nachgab und ihn unter sich begrub. Erst nach vier Stunden wurde die Leiche geborgen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit.

Das Holzarbeiter-Frauenblatt bringt in seiner Nr. 1 des Jahrgangs 1917 einen Artikel über das Hilfsdienstgesetz, in dem es heißt:

Welche Wirkung das Gesetz auf die männlichen Arbeiter ausüben wird, läßt sich im voraus noch gar nicht übersehen. Der Zweck des Gesetzes ist es, das ganze Volk in den Dienst der Herstellung von Kriegsmaterial zu stellen. Die feindlichen Länder, besonders Frankreich und England, verfügen dank der freundlichen Unterstützung, die sie in den neutralen Ländern finden, über ungeheure Mengen von Geschützen und Munition. Durch die stärkere Belieferung des deutschen Heeres soll das Mißverhältnis ein wenig ausgeglichen werden. Die reiche Lieferung von Granaten ist das wertvollste Geschenk, das wir unseren Angehörigen ins Feld schicken können. Zugleich ist das nach Lage der Dinge das einzige Mittel, die Wiederkehr des Friedens zu beschleunigen.

Die Alldeutschen sagen das auch nicht anders. Der Unterschied ist nur: dort wer man's gewöhnt und hier noch nicht — ganz.

Die Todesstrafe für Streikagitation!

Carranza, der derzeitige Präsident von Mexiko, entpuppt sich allgemach als ein blutiger Despot. Solange er und seine Anhänger sich in der Revolution befanden, um die Macht an sich zu reißen, biederten sie sich an die Arbeiterbewegung an und verliehen ein Dekret, indem sie das Koalitions- und Streikrecht der mexikanischen Arbeiter anerkannten. Jetzt, wo sie fest im Sattel sitzen, haben Carranza und seine Minister ein Streikverbot erlassen, das nicht nur die Arbeitsniederlegung, sondern auch die Streikagitation mit der Todesstrafe belegt. Der Grund für dieses drakonische Verbot ist der Streik der Arbeiter bei der Wasserleitung der Stadt Mexiko. Wie der Neuyorker Call vom 28. November 1916 berichtet, hat der amerikanische Gewerkschaftsbund eine Agitation eingeleitet, um Carranza zu veranlassen, das Streikverbot abzuschaffen. — Vielleicht schaffen sie auch gleich seinen Urheber mit ab!

Streik der Straßenbahnschaffnerinnen in Magdeburg.

Wie W. T. B. aus Magdeburg meldet, sind gestern bei der Straßenbahn die Schaffnerinnen wegen verweigerter Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Die Schaffnerinnen der Linie 1 und 2 machten den Anfang, worauf andere Linien folgten. Die Weiterarbeitenden wurden stellenweise von den Ausständigen von den Wagen heruntergeholt. Die Direktion versucht, den Dienst mit männlichen Hilfskräften aufrecht zu erhalten.

Sollten sich wirklich „männliche Hilfskräfte" finden, die den um Verbesserung ihrer Lebenslage tapfer kämpfenden weiblichen Straßenbahnangestellten in den Rücken fallen?! — Wie wir der Magdeburger Volksstimme entnehmen, hat die Leitung der Straßenbahn die Gewährung einer Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. zugestanden, aber gleichzeitig soll auch die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verlängert werden. Bisher betrug die Arbeitszeit 7 bis 8 Stunden, sie soll nunmehr 8 bis 9 Stunden betragen. Die Straßenbahnerinnen sind in ihrer großen Mehrzahl verheiratet und haben zu Hause Kinder ohne Aufsicht. Ihre Dienstzeit ist nicht in die regelmäßigen Abschnitte eingeteilt, wie vielleicht die Arbeitszeit in den Fabriken. Neben ihrem Dienst auch noch zu Hause Mutterpflichten zu erfüllen, fällt ihnen daher schon bei der jetzigen Arbeitszeit äußerst schwer. Bei der neuen Festsetzung würde es in dieser Beziehung noch bedeutend unzuträglicher werden, besonders auch durch die Neueinteilung der Touren. Die Schaffnerinnen wollen aber ihrer Wirtschaft zu Hause und ihren Kindern die Pflege nicht ganz entziehen und kämpfen deshalb gegen die Arbeitszeitverlängerung.

Der Streik französischer Munitionsarbeiter

dauert an. Unternehmer und Vertreter der Arbeiterschaft legten, dem Matin zufolge, dem Ministerpräsidenten Lohntarife vor, die starke Unterschiede aufwiesen, so daß beide Parteien den Vorschlag der Gegenpartei für unannehmbar erklären. Die Vertreter der Arbeiterschaft forderten, daß die Lohntarife von Zeit zu Zeit geändert werden sollten, da bei fortdauernder Lebensmittelteuerung die für heute ausreichenden Lohntarife in wenigen Monaten schon zu dem Lebensunterhalt der Arbeiter nicht mehr genügten. Ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren in der Lohnfrage stoße bei der Arbeiterschaft auf starkes Mißtrauen; auch auf Frauen und nicht mobilisierte Arbeiter, so erklären die Vertreter der Arbeiterschaft, dürfe das Verfahren nicht angewandt werden. Die Regierung habe ja auch nicht das Recht, z. B. das Kapital für Zwecke der Landesverteidigung zu requirieren. Minister Thomas werde wohl seine ganze „Autorität" ausbieten müssen, um zu einem schnellen Kompromiß zu gelangen.

Gewerkschaftskartell Halle.

Sitzung vom 11. Januar 1917.

1. Eingänge und Mitteilungen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich eine Zahlstelle des Verbandes der Eisenbahner begründet und dem Kartell angeschlossen habe. Durch Vermittlung des Kartells seien einer Anzahl in großer Not befindlicher Witwen Geldbeihilfen gewährt worden. Der Jugendausschuß wünscht Erweiterung der Versammlungsgelegenheit. Den Gewerkschaftszeitungen sollen Flugschriften über Mutter- und Säuglingsschutz usw. beigelegt werden. Die einzelnen Gewerkschaften sollen ihren Bedarf hiervon anzeigen.

2. Die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes behandelte zunächst Genosse Voß. Es könne sich nicht mehr, so führte er aus, jetzt um die Stellung handeln, die man zu dem Gesetz einnehme, sondern darum, wie es am nutzbringendsten für die Arbeiter durchzuführen und anzuwenden sei. Das Gesetz habe schon in manchen Armeekorpsbezirken Vorläufer in der Gestalt mannigfacher Anordnungen gehabt, denen gegenüber jetzt Erleichterungen eingetreten seien. Bei der Ausarbeitung und Beratung des Gesetzes wurden die Gewerkschaftsvertreter in umfangreichem Maße beteiligt und es seien so manche Verbesserungen eingefügt worden. Alle Wünsche wurden freilich nicht berücksichtigt und manche Bestimmung ist noch zu bemängeln. Redner erläuterte sodann die einzelnen Einrichtungen des Gesetzes. Sein Zweck sei, unter bestimmten Voraussetzungen einen Zwang zur Arbeit für solche Zwecke auszuüben, die für die Kriegsführung oder die Volksversorgung Bedeutung haben. Die Leitung dieses ganzen Hilfsdienstes liege einem neugebildeten Kriegsamt ob. Dasselbe bestehe aus verschiedenen Abteilungen. In diejenige für Arbeitergangelegenheiten sei auch ein Gewerkschaftsvertreter, Genosse Schlicke vom Metallarbeiter-Verband, berufen worden. Man könne in ihn das Vertrauen setzen, daß er alles versucht, um die Interessen der Arbeiter zu schützen, und daß er seiner Wege geht, falls ihm das nicht in ausreichendem Maße gelingt. Voß besprach sodann die Ausschüsse, die für den Bezirk jeden Generalkommandos zu errichten sind und die darüber zu entscheiden haben, ob und in welchem Umfange die Zahl der in einem Beruf oder einem Betrieb tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt. Auch hierbei seien gewerkschaftliche Vertreter beteiligt.

Besonders wichtig ist der § 9 des Gesetzes. Der Hilfsdienstpflichtige darf nicht ohne weiteres aus dem Betriebe, in dem er beschäftigt ist, herauslaufen. Er braucht, wenn er eine andere Beschäftigung übernehmen will, einen Abkehrschein. Dieser Schein darf nicht verweigert werden, wenn der Arbeiter einen wichtigen Grund für das Ausscheiden hat. Ein solcher liegt vor, wenn der Arbeiter sich in seinen Arbeitsbedingungen verbessern kann. Weigert ein Unternehmer sich, einem Arbeiter oder Angestellten den Abkehrschein auszustellen, dann kann der Betreffende Beschwerde an einen Ausschuß einlegen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört.

Redner erörterte hierauf noch die sonstigen Einrichtungen, die zum Schutze der berechtigten Interessen der Arbeiter geschaffen sind. Hier zeige das Gesetz manche Fortschritte gegen die seitherigen Zustände. Es könne jetzt manches zugunsten der Arbeiter unternommen werden. In allen dem Vaterländischen Hilfsdienst dienenden Betrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen. Zum Schluß führte Voß aus, daß nur durch tatkräftige Mitarbeit der Arbeiter und vor allem deren Vertretung, der Gewerkschaften, die Durchführung des Gesetzes vorteilhaft für die Arbeiter sein kann. Auch diese Gesichtspunkte müssen dazu führen, die Gewerkschaftsbewegung erst recht zu stärken, besonders durch Zuführung neuer Mitglieder.

Hierauf berichtete Genosse Schnabel über eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle und sonstiger gewerkschaftlicher Vertreter, die am 17. Dezember in Magdeburg stattfand. Ihr Hauptzweck war, Vorschläge aufzustellen von Vertretern, die zu den Schiedsausschüssen in den Bezirken der einzelnen Bezirkskommandos zu wählen sind. In Frage kommen für den Bereich des 4. Armeekorps 16 Bezirkskommandos. Für den Bezirk Halle wurden als eigentliche Arbeitervertreter zwei Mitglieder der freien Gewerkschaften und als Stellvertreter ein Mitglied der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und ein Mitglied der freien Gewerkschaften aufgestellt.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft, Stuttgart, empfiehlt jedem Raucher ihre vorzüglichen, in Qualität unübertroffenen

„TAG"-ZIGARETTEN à 2 bis 7 Pfennig (Trust- und schleuderfrei.)

*1944 Vertreter: Oskar Kleine, Magdeburg, Fasslochsberg 9. Fernsprecher 2406.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170116-19/fragment/page=0003

Im Anschluß hieran sprach Arbeitersekretär Kleeis über die Erfahrungen, die im Bezirk Halle mit dem Gesetz seit seinem Inkrafttreten gesammelt worden sind. Das Kennzeichen der Situation war große Unklarheit über die Auslegung mancher Bestimmungen. Nachdem jetzt die „vorläufigen" Ausschüsse ernannt worden sind, sei mancher Nebel beseitigt. Streitigkeiten, die der Schlichtung durch den vorläufigen Ausschuß bedürfen, hat der Hilfsdienstpflichtige (Arbeiter) schriftlich anzumelden. Die Anmeldung ist zu richten an das für seinen Betrieb zuständige Bezirkskommando. In der Anmeldung hat der Hilfsdienstpflichtige den Streitfall knapp, aber genau zu schildern, insbesondere seine Personalien, seinen Beruf und seine Beschäftigungsart, sowie Wohnsitz und Firma des Betriebes, in dem er beschäftigt ist, anzugeben und mitzuteilen, weshalb der Betrieb die Erteilung des Ablehrscheines verweigert. Der Ausschuß entscheidet nur auf Anrufen des Hilfsdienstpflichtigen. Das Arbeitersekretariat, Harz 42/44, sei gern bereit, solche Schriftsätze anzufertigen. Aus den vorhandenen Bestimmungen gehe hervor, daß der Unternehmer die Herausgabe der Invalidenkarte und des Arbeitsbuches oder des Abgangszeugnisses nach Paragraph 113 der Gewerbeordnung niemals verweigern darf. Tut er es trotzdem, so müsse das Gewerbegericht angerufen werden. Die Weigerung des Unternehmers und die daraufhin mögliche Anrufung des Ausschusses beim Bezirkskommando kann sich nur auf den „Ablehrschein" erstrecken. Dieser ist nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes eine Bescheinigung des Unternehmers, daß der Arbeiter die Beschäftigung mit seiner Zustimmung aufgibt. Im übrigen meinte Redner, daß erst abgewartet werden müsse, ob sich die vielfachen optimistischen Erwartungen von den Wirkungen des Gesetzes erfüllen. Jetzt sei ein abschließendes Urteil noch nicht möglich.

3. Der Bericht über die Berufsberatung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt. Nach Verlesen der Anwesenheitsliste hat Genosse Kleeis noch darum, die Berichtsbogen für das abgelaufene Jahr gewissenhaft auszufüllen, namentlich über die Erwirkung von Teuerungszulagen, und die Bogen und die Karten über die Vierteljahrsstatistik recht bald abzuliefern. Kl.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Das Frauenhemd als Verräter. Ungeladener Besuch drang nachts in eine Gärtnerwohnung ein. Die Tochter erwachte und rief um Hilfe, was den Dieb verscheuchte. Am Morgen fand man dann, daß der Dieb Nahrungsmittel und ein Frauenhemd gestohlen hatte. Wie man dann später feststellte, hatte ein 17jähriger Bursche, der früher dort gewohnt hatte, den Diebstahl begangen. In seinem Besitz wurde das Frauenhemd gefunden, das er jedoch von einem dritten auf der Berliner Brücke gekauft haben will. Der Bursche wurde jetzt wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Allerlei.

Ein erfolgreicher Hamsterjäger.

In letzter Zeit tritt, wie das Hamburger Echo schreibt, in Hamburg und Vororten ein Mann auf, der sich als Kriminalbeamter ausgibt und in den verschiedenen Wohnungen kraft seines angemaßten Amtes nach gehamsterten Lebensmitteln forscht. Und der Neid muß es dem Pseudo-Polizisten lassen, daß er eine feine Nase hat und auch sein Publikum genau kennt. Er fand auf seinen Hamsterjagden vielfach größere Mengen Speck, Schinken, Hülsenfrüchte, Seife und sonstige, dem gewöhnlichen Nichtbürger nur noch der Sage nach bekannte Leckerbissen in schwerer Menge. Bei einem leibhaftigen Professor fand er sogar ein halbes Schwein, das er natürlich schleunigst „beschlagnahmte", um spurlos damit zu verschwinden. Und nun sucht die Polizei dem Frechdachs, der die Hamster besser zu finden weiß, als manche hohe Behörde, das Handwerk zu legen.

Ein schweres Grubenunglück

hat sich auf der Eisensteingrube am Stahlberg bei Müsen im Siegener Lande während der Arbeit vor Tage in einem Stollen ereignet. Eine zum Sprengen gelegte Dynamitpatrone war wider Erwarten nicht rechtzeitig losgegangen. Als man nun feststellen wollte, woran das liege, explodierte die Dynamitpatrone noch nachträglich, und drei Bergleute wurden durch die herumfliegenden Gesteinsmassen getötet. Die anderen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Erdbeben auf Formosa. Eine Drahtmeldung aus Tokio besagt, Formosa sei von schwerem Erdbeben heimgesucht worden. Ueber 1000 Häuser seien zerstört worden und zahlreiche Menschen umgekommen.

Der Schwindler von Neukölln verhaftet. Zu dem großen Warenbetrug gegen die Stadt Neukölln wird mitgeteilt, daß es jetzt gelungen ist, den Täter, den flüchtigen Kaufmann Rösener, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Er wurde bei Singen in Baden ergriffen. Bei ihm fand man noch eine erhebliche Summe Geldes, die für die betrogene Stadtgemeinde sichergestellt wurde.

Ein Jahr „Balkanzug". Am Montage war ein Jahr verflossen, seit der erste Balkanzug von Berlin nach Konstantinopel fuhr. Jetzt, nach einem Jahre, hat sich manches geändert, und es ist ein neuer zweiter Weg zum Orient gebahnt worden. Vielleicht gibt es bald einen zweiten Balkanzug über — Rumänien!

Vier Wölfe erlegt. Der Gutsverwalter Kuczak aus Ilcino, Kreis Schroda in Posen, hat in einem dortigen Wäldchen vier alte Wölfe erlegt, die von Rußland herübergekommen waren.

Briefkasten der Redaktion.

W. A. in B. Wenn die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nichts von sich hören ließ, so muß sie an die Festsetzung der Rente erinnert werden. Wenden Sie sich an das für Sie zuständige Landratsamt, von dem die Geschäfte der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft besorgt werden.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hennig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater
Heute, Dienstag, zum 2. Male: 3751
„Der Soldat der Marie".
Ausstatt.-Operette in 3 Akt. v. Buchbinder, Kren u. Schönfeld.
Musik von Leo Ascher.
Marie . . . Frl. Dusodau vom Berliner Theater des Westens a. Gast.
Mariette . . . . . Frl. Tilde Ziemann.
Marianne . . . . Frau Paula Dereani als Gast.
„Der Soldat der Marie"
ist der größte Operetten-Schlager und wird auch hier die Theater-Sensation dieses Jahres werden.
Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.
Anfang ½8 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.
Morgen, Mittwoch, nachmittag:
Frei-Konzert.
3749 Die Geschäftsleitung.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.
Neue Täglich: Gr. Künstler-Konzert Neue
Kapelle. Kapelle.
des Damen-Orchesters „Preciosa", 7 Damen, 1 Herr.
Glocken-, Xylophon- und Geigen-Soli. 3596
Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.
Neu! Neu!

Im Dienste des Vaterlandes.
Vortragsabend
Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr in den Thalia-Sälen.
Schriftsteller, Rittmeister Georg Freiherr von Ompteda:
Ueber die Sommeschlacht.
Veranstaltet vom Bund deutscher Gelehrter u. Künstler und vom Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.
Eintrittskarten zu 2 und 1 Mark und 50 Pfennig. (2 Mark-Plätze numeriert). Eintritts-Karten können auf der Geschäftsstelle des Bundes, Physiologisches Institut, Magdeburgerstrasse 21, von 8—1 und 3—7 Uhr, ferner bei der Hofmusikalien-Handlung Hothan im Vorverkauf bezogen werden. 3748
Der Reinertrag ist für vaterländische Zwecke bestimmt.

:: Konditorei Dietze ::
empfiehlt den Besuchern der *1807
Eisbahn Ziegelwiese
seine mollig erwärmten Räume.
Jeden Abend: **Vornehme Konzerte.**

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F.
Zigarren- und Zigaretten-Versand,
Hauptgeschäft Fernruf Zweiggeschäft
Mittelwache 9-10. 2057. Harz 10.
Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken Yenidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.
Zigarren nur erster Firmen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

Filz- und Leder-Schuhwaren
in jeder Ausführung. 3605
— Vorteilhafte Preise. — Grosse Auswahl. —
Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Billige Apfelsinen
pro Pfund 50 Pfennige, — ferner dunkelrote und hundertstückweise beschädigte Ware zu Marmelade,
25 Pfennige pro Pfund, bietet an
*1811 **Otto Berking,** Leipzigerstraße 5. Telephon 5955.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.
*1242 Zander, Gr. Klausstraße 12.
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Hasenfelle 3591
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2.

Schul-Tornister
den Verhältnissen entsprechend preiswert.
Zu haben in der
Volks-Buchhandlung.

Fertige Sohlen
aus gebrauchtem Treibriemenleder zusammengesetzt, verkauft bill.
*1278 **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. Fernruf 1388.

Zuverlässiger
Geschirrführer
bei angemessenem Lohn sofort gesucht. *1310
Hallescher Kohlenhof,
Delitzscherstraße 81.

Sohn achtbarer Eltern kann Ostern als
Schriftsetzer-Lehrling
eintreten. Gute Schulkenntnisse Bedingung. *1309
Wilh. Knapp, Mühlweg 19.

Bäcker gesucht!
Wegen Einberufung m. Bäckers, suche sofort einen Bäcker. Gute Kost und Lohn vorhanden. *1306
Bäckerei Witwe Höhne,
Sandersdorf b. Bitterfeld.

Schlosser, Schmiede und Kesselschmiede
gesucht. 3693
Wilhelm Jäger, Maschinenfabrik.

Automateneinsteller und Werkzeugschlosser
werden eingestellt.
Oskar Hauffe, Radebeul, Bahnhofstr. 19.
Präz.-Schrauben- und Faßonteile-Fabrik. *1305

Amtliche Bekanntmachungen.

Spitzbein-Verkauf.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Spitzbeine zum Preise von 0.90 M. für das Pfund, wird am Mittwoch den 17. Januar 1917 in der Talamtschule fortgesetzt.

Zugelassen werden zum Einkauf die Inhaber der blauen Lebensmittelscheine mit den Nummern 33001 — 42000. Die Abgabe erfolgt von 8—12 Uhr vormittags an die Inhaber der Nummern 33001—37500 und von 2—6 Uhr nachmittags an die Inhaber der Nummern 37501—42000.

Beim Einkauf ist der blaue Lebensmittelschein und die Reichsfleischkarte vorzulegen, von der der Abschnitt „K" abzutrennen ist.

Es entfallen auf Haushalte mit 1—2 Personen ½ Pfund, 3—4 Personen 1 Pfund, 5—6 Personen 1½ Pfund und so fort.

Das Geld ist abgezählt bereit zu halten.

Halle, 16. Januar 1917. Der Magistrat.

Seitens der Landesciersteelle ist der Provinzialeierstelle eine Sonderzuweisung einer beschränkten Anzahl von Eiern zur Verteilung an Krankenhäuser und Lazarette, soweit letztere nicht von der Heeresverwaltung beliefert werden, zugegangen.

Den hiesigen Krankenhäusern und Lazaretten wird daher anheimgestellt, sich sofort direkt unter gleichzeitiger Angabe der Belegungsstärke an die Provinzial-Eierstelle, Geschäftsabteilung E 12, in Magdeburg zu wenden.

Halle, 16. Januar 1917. Der Magistrat.

Wir weisen darauf hin, daß dem Bureau VIII (Großer Berlin Nr. 11) bei Anmeldung von Beerdigungen die letzte Steuerquittung vorzulegen ist.

Halle, den 12. Januar 1917. Der Magistrat.

Apollo-Theater
Heute völlig neuer Spezialitäten-Spielplan.
Zum ersten Male in Deutschland.
„Indien in Europa"
Großer exotischer Dressurakt von Sahib Natchura, bestehend aus 2 Elefanten, 2 Kamelen, 1 Pferd und 3 Personen.
3750
2 Marcks, komische Radfahrer,
Elvira Largeth, Vortrags-Künstlerin, in ihren Fantasie-Tänzen:
Grete Böhmig
a) Die Taube v. Chopin, b) Orientalisch. Tanz v. Rohrbeck, c) Walzer von Strauß.
3 Schwestern Meley, akkrobatischer Leiter-Akt.
Harry Morton, Entfesselungs-Künstler.
Berger u. Berger, gymnastische Neuheiten.
Fritz Waldow, Humorist m. eigenem Repertoir.

U.T. Leipzigerstr. 88. 3748
Fernsprecher 1224.
Erna Morena
nur noch bis Donnerstag.
Alte Promenade 11 a.
Fernsprecher 5738.
Maria Carmi
und **Rita Sacchetto**
nur noch bis Donnerstag.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Mittwoch den 17. Januar 1917,
Anfang 7½ Uhr:
Lohengrin.
Romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Donnerstag den 18. Jan. 1917,
3752 Am Teetisch.

Därme
zum Hausschlachten, trocken und gesalzene, empfiehlt sehr billig
Gustav Paproth, Halle, Kl. Ulrichstraße 1. 3594

Siegreich
brennende
Kriegs-Zigarren
in Feldpostbriefen
(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)
empfiehlt in bekannter Güte
J. Sanow
Nachf. (H. Spengler),
Geiststrasse 5. †

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag den 19. Januar 1917, pünktlich abends 8½ Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtstraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Sonnabend den 27. Jan., abends Punkt 8 Uhr, im Volkspark: Versammlung.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Donnerstag den 18. Januar: Zusammenkunft im Volkspark.
Sonntag d. 21. Jan.: Arbeitstour nach dem Spielberg. Abmarsch: 7 Uhr vom Wettiner Platz.

Kammwaren
kaufen Sie gut und billig im Kaufhaus
H. ELKAN,
3747 Leipzigerstr. 87.

Goldene Damenuhr mit Armband *1306
Sonnabend früh zwischen 7 bis ½8 Uhr auf dem Wege von Bessauerstr. bis Walhalla-Theater verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben Wielandstr. 20, II

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191701 16-19/fragment/page=0004

Halle, 16. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 13 — 1917

21]

Die achte Todsünde.

Roman von Ludwig Bendler.

Nachdr. verb.

Heute war es nicht nur eine, sondern zwei Neuigkeiten, die sich während Charlottes Abwesenheit vom Hause zugetragen hatten.

Zunächst bedeutete es ein Ereignis und zwar eines, schon weil ihr dergleichen noch nicht geschehen war, Charlottes Gemüt nicht wenig, daß man ein hübsches Bukett als Aufmerksamkeit für sie abgegeben hatte: Rosen und Flieder, ebenso zart wie vielsagend.

Der Ueberbringer, ein Laufbursche der Blumenhandlung, hatte den Spender der Gabe nicht nennen können, der, als Anonymus also offenbar nur geahnt sein wollte, ohne Anspruch auf Dank zu erheben. Auf einem beigefügten Kärtchen standen die wenigen Worte: „Der verdenden Diva ein glühender Verehrer."

Wer mochte es sein, der so in Flammen stand? Charlotte schüttelte belustigt und auch ein wenig geschmeichelt den Kopf. Trotz allen Grübelns konnte sie auf keinen halbwegs treffenden Gedanken geraten. Daß auch Leopold im Konzert gewesen war, wußte sie nicht.

Ferner, so erzählte Frau Rosenbach, war ein älterer Herr bei ihr gewesen, um sich nach Charlotte zu erkundigen. Am Auftrag einer — „holen Gönnerin" hatte er zu erfahren gewünscht, wo sie geboren, wer ihre Eltern, wer ihr jetziger Umgang sei. Besonders über ihre sittliche Führung etwas zu wissen, ob sie mit Männern verkehre und mit welchen, sei der von ihm erwähnten hohen Gönnerin, die zu den Gottesfürchtigen des Landes zähle, von Wichtigkeit. Frau Rosenbach möge sich darüber ehrlich und ohne Rückhalt äußern.

„Merkwürdig. Und was sagten Sie?"

„Natürlich habe ich," erklärte Frau Rosenbach, „der Wahrheit die Ehre gegeben. Wie hätte ich Sie nicht als Muster eines jungen Mädchens schildern können."

„Aber ich begreife nicht. Ich habe mich nie um jemandes Gönnerschaft beworben, brauche das ja auch gar nicht. Besitze ich doch in meinem Lehrer einen ebenso noblen, als vielvermögenden Gönner —"

„In Herrn Professor Wahlberg, allerdings. Ja, Sie haben einen Treffer gezogen, Fräulein! — Daß das Schicksal Sie an ihn kommen ließ! Seltene Eigenschaften, die er besitzt, wirklich. Schade, daß er bis heute noch nicht wieder geheiratet hat, all den Anträgen und Verlockungen widerstand! — Welcher vielumworbene Künstler, der nebenbei auch noch als stattliche Erscheinung den Weibern in die Nase sticht, macht's ihm nach. Ein Wunder, ein reines Wunder."

„Ob er immer Witwer bleiben wird?" stimmte hier Charlotte in die Betrachtungen Frau Rosenbachs ein. „Eigentlich ist das doch auch kein richtiges Leben." — —

Die Mitteilungen, die derweil Marianne dem Professor von ihren Gängen überbrachte, erwiesen sich als genau seinen Erwartungen entsprechend

Frau Rietschel, so berichtete sie, sei ganz außer sich vor Glück gewesen. —

„Sehen Sie, Marianne."

Um so mehr, als sie kaum noch große Hoffnung gehegt habe. Und doch sei die Not gerade diesmal so schrecklich gewesen. Nicht zur Medizin für den kranken Mann habe es mehr gereicht, und die kleine Eva habe schon den dritten Tag ohne jedes Frühstück in die Schule gehen müssen. Keine Kohlen, kein Petroleum, kein Brot im Hause, — einfach furchtbar. Nun danke Frau Rietschel dem Herrn Professor aus vollstem, tiefstem Herzen. Kein Gebet könne —

„Schon gut. Die Frau Rietschel ist eine sympathische Frau, Marianne, nicht? Ihre Briefe wenigstens — Sie kennen sie doch nun —"

„Und freue mich jetzt recht sehr, daß der Herr Professor ihre Bitte erfüllten."

„Das ist mir lieb."

„Ja, die Leute sind's wohl wert, auch der Mann, den ich dem lebendigen Tode gleich auf seinem Lager traf. — Hier ein Dank von ihm, den ich versprechen mußte, Herrn Professor abzugeben."

Und Marianne reichte ihrem Gebieter das vergilbte Exemplar einer Geschäftskarte, auf der unter der Firma „Ernst Waldemar Rietschel, Ausführung von klaviertechnischen Arbeiten und Stimmungen" in mühsamer Schrift ein „Vergelt's Gott" stand.

„Und Frau von Schwarzenau?" fragte Wahlberg

„Um ehrlich zu sein, — die erschien mir viel kühler als frühere Male, wenn auch nicht gerade unfreundlich. Sie empfahl mir, ein bißchen zu warten und gab mir dann diese Zeilen hier mit."

Wahlberg nahm ein Briefchen, das ihm Marianne einhändigte, und las:

„Sehr geehrter Herr Professor! Dankbar für Ihre Nachfrage, wie auch für die Blumen, teile ich Ihnen mit, daß sich in meinen Entschlüssen eine Aenderung vollzogen hat. Sie besteht darin, daß ich nun doch an die Riviera gehen werde, um besonders Rapallo, das ich noch nicht kenne, zu besuchen. Ein glücklicher Zufall fügt es, daß auch der Baron von der Bergen, wie Sie wissen, ein Verwandter von mir, denselben Reiseweg wählte, und ich in seiner Gesellschaft unter ritterlichem Schutze stehe. Wo mich die Sommermonate finden werden, ist noch nicht entschieden, vielleicht in Ostende, schwerlich aber in Baireuth, wovon wir einst sprachen.

In vorzüglicher Hochachtung Ihnen „Lebewohl" sagend,

Klara von Schwarzenau."

„Hm, wohl ein Abschied für immer," murmelte Wahlberg leise, aber doch nicht so, daß es Marianne entgangen wäre. Ihr Verfahren hatte sich bewährt: Je weniger sie fragte, desto mehr erfuhr sie. Diesmal sogar etwas ihr sehr Erwünschtes. —

Elftes Kapitel.

Einige Monate waren ins Land gegangen. Von einer warmen Frühlingssonne in diesem Jahre besonders begünstigt, sprossten bereits zahlreiche Boten all der kommenden Herrlichkeit, zunächst in Gestalt von Veilchen und Maiglöckchen, in üppigem Gedeihen aus der Erde hervor.

Wahlberg hatte noch zwei Tournees von je acht bis zehn Tagen, sowie ein paar Einzelkonzerte in Leipzig, Köln und Wien erledigt, von denen jedem er mit Gold und Ehren reich Gelohnt nach Hause zurückkehrte.

Mit manchen Unterbrechungen, wie solche Reisen das bedingten, aber doch so regelmäßig als möglich, waren seine Unterrichtsstunden von ihm aufrechterhalten, und besonders die an Charlotte, oft mit Drangabe seiner notwendigsten Ruhe, emsig weiter erteilt worden.

Nun folgten Mai und Juni, die einige Entlastung brachten und dem Professor gestatteten, sich wieder mehr seinem Schaffen auf tondichterischem Gebiete zuzuwenden. Erst mit Beginn der großen Ferien sollte dann auch für ihn eine Zeit vollständiger Ruhe und Erholung eintreten.

Diese pflegte er alljährlich zu einer ausgedehnten Reise zu benutzen, als deren Ziel er diesmal den Vierwaldstätter See bis zu Anfang August, dann Baireuth und schließlich noch Norderney ins Auge gefaßt hatte. —

Der gegenwärtige Zeitabschnitt nun, Mai-Juni — täglich führte er den Professor und Charlotte zusammen, täglich gab Wahlberg der Schülerin aus dem Schatze seines abgeklärten künstlerischen Bewußtseins das, was nur immer zu übertragen möglich war, einer Suggestion gleich überkommen ihrer gesanglichen Auffassungskraft von seinen Lippen die Lehren eines wahrhaft Berufenen, eines genialen Poeten seiner Kunst.

So vereinigten sich in Charlottes Wiedergabe von Tonstücken mehr und mehr die außergewöhnlichen Vorzüge beider und erzielten eine Feinheit des Gesangsausdrucks, zugleich eine Wahrhaftigkeit, die sie weit über das gewöhnliche Maß hinausreichten. — In der Tat: Charlotte Eich, geführt, angeregt von dem für sie individuell passenden Meister, war auf dem Wege, in die Reihe der Großen ihres Berufes einzutreten. —

Daß der täglische Verkehr in gemeinsamer Arbeit eine für den scharfen Beobachter jetzt schon vorhandene Verwandtschaft der Seelen zwischen Wahlberg und Charlotte förderte, daß er das Fremde, wie es zuerst monatelang zwischen ihnen bestanden hatte, mehr und mehr in den Hintergrund zwang, lag in der Natur der Sache.

Charlottes übergroße Bescheidenheit dem Professor gegenüber nahm ab, je mehr sie sich in ihrem Können fühlte, ihre Schüchternheit verlor sich in dem gleichen Maße, wie die Vertraulichkeit bei täglicher Begegnung zunahme.

Wahlberg kämpfte. Daß er, der sich über Anfechtungen des Weibes endgültig hinweg geglaubt hatte, je wieder in Versuchung geraten könne, war ihm, wie schon erwähnt, außerhalb des Bereichs der Möglichkeit erschienen. So wehrte er sich, wehrte sich mit der ganzen Willenskraft seiner mannhaften Persönlichkeit, und dennoch — er kam nicht dagegen an.

(Fortsetzung folgt.)

Der Erdkrieg.

Je länger dieser Krieg dauert, desto tiefer wühlt er sich zehrend in das gesellschaftliche Leben, in die zitternde Menschheitsseele — und tief, abgrundtief gräbt er sich ins schützende Erdreich. Noch nie hat ein Völkerkampf seine ehernen Sohlen so wuchtig, kraftvoll in die fruchtbergeprüften Länder geschlagen. Noch nie — die gegenwärtige Erscheinung ist ohne Beispiel in der Geschichte. Die ausgebrannten Dörfer und Städte werden eine neue, bessere Gestalt eher wieder annehmen, als die von Spaten, Spitzhacke, Pulver, Minen und Granaten zersprengten und unterhöhlten Fluren, Wälder und Berge. Da sind Spuren eingeprägt, die Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte überdauern.

Nach einigen Wochen oder Monaten Bewegungskrieg endigte das Weltringen immer wieder im Erdkriege. Es gab immer wieder kurze Perioden, in denen die Millionenheere zu offensiven Aktionen die Unterstände, Gräben und Wehren verließen. Aber das wesentliche Kennzeichen der kriegerischen Handlung ist und bleibt doch die zur Gesetzmäßigkeit gewordene Erdgebundenheit, das absolut notwendige Schutzsuchen in der Erde Schoß; hat die Offensivkraft ihr Ziel erreicht oder ist sie zur Neige gegangen, so muß wieder schützende Zuflucht ins Erdinnere gewonnen werden.

Das Schutzsuchen der Millionenheere im Erdboden ist die folgerichtige und einzig mögliche Gegentendenz gegenüber den glänzenden Errungenschaften der Waffentechnik; Artillerie, Maschinengewehre, Infanteriegewehre hatten zu Beginn des Weltkrieges einen Entwicklungsgrad erreicht, der es einfach unmöglich machte, die Regimenter dauernd schutzlos diesen gewaltigen Zerstörungskräften auszusetzen. Jene im Frieden übliche Prophezeiungen, der moderne Krieg werde infolge der ihm zu Gebote stehenden Vernichtungsmittel nur Tage oder Wochen dauern, denn so schnell würde das Menschenmaterial erschöpft sein, wären in der Tat zur Wirklichkeit geworden, wenn man nicht ein ausgleichendes und rückwirkendes Gegenmittel gefunden hätte — das Erdreich. Dieses Urelement, das den Menschen seit Anbeginn ihres kampferfüllten Daseins Schutz, Existenz, Leben bot, wurde auch zum relativen Erhaltungs- und Rettungsmittel entgegen einer furchtbaren Kriegstechnik.

Indessen hat die Kriegstechnik, während der Weltkrieg tobt, keineswegs stillgestanden, sondern weitere enorme Fortschritte gemacht, zu deren Erlangung in friedlichen Zeiten wohl Jahrzehnte erforderlich gewesen wären. Die Wirkung, Durchschlagskraft und Masse der Artillerie ist ungeahnt gesteigert worden. Das Flugwesen hat sich zu einem Auskunfts- und Kampfmittel ersten Ranges entwickelt. Neue Waffen sind hinzugekommen, Handgranaten, Minen, Erdsprengungen großen Stils. Das hat naturgemäß bewirkt, daß die vorhandenen Erdbefestigungen noch besser, planmäßiger, vor allem tiefer, immer tiefer gelegt wurden. Die leichten Gräben und Unterstände vom Kriegsanfang haben bedeutend stärkeren Anlagen Platz machen müssen. Aus den Gräben sind kleine Kanäle geworden, deren Inneres kunstgerecht mit Holz, Beton und Eisen ausgebaut ist. Ein Netz von solchen 2 bis 2½ Meter tiefen Schützen- und Laufgräben bildet ein hervorragendes Verteidigungssystem, setzt eine Kompagnie instand, dem anstürmenden Bataillon erfolgreich die Stirn zu bieten.

Die alten, flach in die Schützengräben eingefügten Unterstände sind heute so gut wie verschwunden, da deren „Bombensicherheit" durch die massenhaft schwere Artillerie- und Minentätigkeit bedroht ist; namentlich die im Nahkampf immer mehr Verwendung findende schwere Flügelmine durchschlägt 4 bis 6 Meter dicke Deckungen mühelos. Aber es wurde nun wieder ein besserer Schutz, ein Ausweg gefunden — tiefer, tiefer ins rettende Erdreich! Der den Unterstand ersetzende Stollen kann stufenweis, gleich der in den Keller führenden Treppe, beliebig weit in die Tiefe getrieben werden; 8 bis 10 Meter und mehr Deckung können leicht erreicht werden. Ein derartiger Stollen, unten geräumig hergerichtet, mit mindestens zwei Ausgängen versehen wird den üblichen Kanonaden trotzen können. Werden allerdings sämtliche Ausgänge eingedrückt, was nur in seltenen Fällen oder in tagelangem Trommelfeuer schwersten Kalibers eintritt, dann heißt es, sich mit Spaten und Spitzhacke aus dem erstickenden Loche herausarbeiten. In allen Fällen ist das leider nicht mehr möglich.

Von Ypern bis zum Elsaß, von Dünaburg bis zur rumänischen Grenze (von den kleineren Kriegsschauplätzen ganz zu schweigen) ist der Erdboden mit solchen Gräben und Stollenbauten durchzogen! Die sich beständig ausdehnen zu Straßen und Wandelgängen! Das bedeutet eine Bodenverschiebung, ausgeführt von Millionen Händen und einer hochentwickelten Technik, der in dieser Art nichts an die Seite zu stellen ist. Die ägyptischen Despoten ließen von Sklaven in jahrzehntelanger Fron steinerne Pyramiden aufrichten, die Feudalherren des Mittelalters stolze Trutzburgen — es sind Sandkörner gegen die Erdwerke des Weltkrieges.

Da erstreckt sich der Front entlang irgendwo ein buchenwaldgekrönter Höhenzug. Unsere Gräben ziehen sich jenseits des Berges auf halber Höhe hin, während der Gegner auf der ganzen Strecke im Grunde liegt. Wir müßten also, um zu den Stellungen zu gelangen, vor dem beobachtenden Auge des Gegners über den Berg hinweg. Tiefe Laufgräben sichern wohl die Hin- und Herbewegungen — jedoch nicht völlig. Es können überraschende Eventualitäten eintreten, für die man gesichert sein muß. Diese Sicherheit ist nur gewährt, wenn wir — unter dem Berge durchgehen! Ein Tunnel, eine Straße durch den Berg!

Pioniere und Armierungssoldaten gehen an die Arbeit. Wochen und Monate wird Tag und Nacht hart geschafft. Das Werk gelingt. Der endliche Durchbruch bereitet nach der langen Arbeit Genugtuung und Freude. Der Tunnel mißt eine Länge von 400 Metern. Von der Mitte her führen noch zwei Seitenschächte in die Stellung. Das Innere des Tunnels ist mit Mannschafts- und Sanitätsmieträumen und mit Munitionslammern reichlich versehen. Es ist im ganzen eine gewaltige Anlage, die nun aber auch alle gewünschten Garantien bietet; das stärkste feindliche Geschoß kann diesem Bergtunnel nichts anhaben.

Eine kleine Wegstrecke weiter an dem Höhenzuge hin stoßen wir auf den zweiten Tunnel, darüber hinaus auf den dritten, vierten, fünften und so weiter!

Der Krieg wird einmal zu Ende gehen, indes seine Wirkungen, die Spuren, die er in den europäischen Boden gegraben, werden sich lange nicht beseitigen lassen, überdauern alle die, die diesen furchtbaren Krieg zu bestehen hatten. Und wenn einst unsere Nachfahren jene grandiosen Erdwerke betrachten, deren Schöpfung dem unheilvollen Geiste der Völkervernichtung entsprang, dann werden sie mit Staunen und Schrecken der vergangenen Kriegsepoche gedenken. (z) F. P. (im Vorwärts).

Kleines Feuilleton.

Ein Meter Satin.

Von Hans Reimann

Meine Frau braucht Futter — Futter zu einer Bluse und geht zu diesem Zweck in ein Geschäft, in dem sie seit langem zu kaufen pflegt.

„Ich möchte einen Meter dunkelgrünen Satin."

„Haben Sie Bezugsschein?"

„Nein."

„Ja — so darf ich Ihnen höchstens Seide geben."

„Die kostet?"

„Sechs Mark."

„Hm. Wo bekomme ich den Bezugsschein?"

„In der 26 Bezirksschule."

Bis dahin ist ein Weg von einer Stunde.

Meine Frau macht sich auf nach der Schule.

Dort muß sie sehr lange warten. Bis halb fünf.

Um drei ist sie von zu Hause fort.

Endlich kriegt sie einen Bezugsschein, einen unausgefüllten.

Sie bittet, da sie es eilig hat um den Federhalter.

„Nein," sagt die Beamtin, „das müssen Sie zu Hause ausfüllen."

„Ach? Und dann soll ich noch einmal herkommen und den Schein abstempeln lassen?"

„Freilich."

Meine Frau geht, stellt sich auf die Straße und gibt einem Jungen, der aus der Schule kommt, fünf Pfennige, auf daß er ihr einen Federhalter borge.

Sie geht mit dem Halter wieder in das Amtslokal, taucht fröhlich in das Tintenfaß und füllt den Schein aus.

Die Beamtin schreit: „Das gibt's aber nich!"

„Anscheinend doch."

Der Schein ist ausgefüllt, da ist nichts zu wollen.

Hierauf wartet meine Frau geduldig, bis sie an die Reihe kommt.

Es schlägt sechs.

Eine alte Dame nimmt den Schein ab und stellt ein polizeiliches Verhör an:

„Haben Sie schon mal was gekauft?"

„Nein, nie."

„Sind Sie es selbst?"

„Das weiß ich nicht. Um drei war ich es noch."

Die alte Dame nimmt dies gewissenhaft zu Protokoll.

„Wo wohnen Sie?"

„Nebenan."

„Wer bezahlt den Satin?"

„Das steht noch in weitem Felde."

„Also Ihr Mann?"

„Ja."

„Ist Ihr Mann im Felde?"

„Ja — bei einer Munitionskolonne, aber ich habe eine kleine Kuhe, die hört auf den Namen Schnirf."

„Es ist gut. Das brauche ich nicht zu wissen."

„Nein?"

„Nein!"

Das Verhör ist aus.

Alles das um einen Meter Satin!

Der Schein wird abgestempelt, und meine Frau wandert hurtig von dannen.

Kurz vor sieben steht sie in dem Geschäft, in dem sie schon einmal — ohne Bezugsschein — war.

Sie weist den Schein vor und verlangt den Meter Satin.

„Tut mir leid," antwortete die Verkäuferin. „Satin gibt's nicht mehr. Schon seit drei Wochen nicht."

Meine Frau stand da — mit ihrem Bezugsschein.

Was nützt der schönste Bezugsschein, wenn man nicht beziehen kann?

Nichts, gar nichts. —

Meine Frau ging heim. Mit ihrem Bezugsschein. Es war sieben durch.

Seit drei stand ein Topf mit Aepfeln auf dem Gas — mit Aepfeln, die zu Mus kochen sollten.

Seit drei!

Du großer Gott!!

Aber das Mus war vorzüglich und entschädigte für den nicht bezogenen Satin.

Wir haben nämlich einen Gasautomaten, und der Groschen, der darinnen steckte, war „abgelaufen".

Es hat seine Vorteile, im Zeitalter der Automaten zu leben, ei jawohl! (Simpl.)

An Michel.

(Ein zeitgemäßes Gedicht aus dem Jahre 1848.)

Willst du allerorts behagen,
So mußt du dich also betragen:
Im Frieden stets wacker dich plagen,
Im Kriege stets wacker dich schlagen,
Viel tragen und vielem entsagen,
Nichts wagen und nie was abschlagen,
Nie fragen, versagen, noch klagen,
Beim Geldgeben niemals verzagen
Und all deine Wünsche vertagen:
Dann — hast du nichts weiter zu sagen.

Adolf Glaßbrenner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191701 16-19/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Januar 1917.

Stadtverordnetenversammlung.

Mit Wünschen für einen Friedensschluß in diesem Jahre eröffnete der Vorsteher die erste Sitzung nach Neujahr. Stadtv. Steinbrück, der zwei Jahre im Felde stand und inzwischen hier bei der Neuwahl wiedergewählt ist, wurde vom Oberbürgermeister eingeführt. — Aus den verschiedenartigen Eingängen ist zu erwähnen ein Protest von Anwohnern der Dessauer und Berliner Straße gegen die projektierte Linienführung der Straßenbahn-Erweiterung; er wird dem Magistrat übergeben.

Stadtv. Hoe bemängelte zum Protokoll, daß der Beschluß der letzten Sitzung über die Teuerungszulagen in einem Punkte falsch ausgelegt worden sei. Es hätten alle Beamte und Lehrer mit einem Gehalte bis 4500 Mk. Teuerungszulagen erhalten sollen, ohne Rücksicht auf ein etwaiges Wohnungsgeld; der Magistrat habe aber den Mietzuschuß zum Gehalte hinzugerechnet und diejenigen Beamten und Lehrer ausgeschlossen, die dadurch in ihrem Einkommen über 4500 Mk. hinauskommen. Das sei nicht im Sinne des Haushaltsausschusses und der Mehrheit der Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister bestritt, daß eine falsche Auslegung vorliege, denn es sei bisher bei allen Teuerungszulagen so verfahren worden. — Ein später vom Stadtv. Hoe eingebrachter Antrag im Sinne seiner Aeußerung soll in der nächsten Sitzung noch zur Beratung und Abstimmung gestellt werden.

Die Bureauwahl ergab die Wiederwahl der Herren Dr. Keil, Föhring, Michel und Borchert in ihre bisherigen Stellen. Der Vorsteher Dr. Keil teilte bei der Gelegenheit mit, daß er jetzt 25 Jahre dem Stadtverordneten-Kollegium angehöre. Aus einem kurzen Rückblick des Vorstehers ist die Mitteilung interessant, daß der städtische Haushaltsplan in den 50er und 60er Jahren mit 50 000 Talern abschloß, während er sich jetzt auf 15 Millionen Mark belaufen dürfte, das ist genau das Hundertfache. Da aus der damaligen gemütlichen Zeit noch bis vor 25 Jahren Leute zur Hallischen Stadtverordneten-Versammlung gehörten, dürfe man sich nicht wundern, daß sie kostspieligen Plänen ängstlich gegenüberstanden. So erkläre sich manche „Unterlassungssünde", über die wir jetzt schelten.

Neue Stiftungen

Frau Kommerzienrat Werther, Witwe des Stadtältesten Heinrich Werther, und ihre Söhne, Kaufmann Wilhelm Werther in Halle und Regierungsrat Werther in Bochum, haben der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge der Stadt Halle 100 000 Mark in 5prozentiger Kriegsanleihe als eine Heinrich-Werther-Stiftung überwiesen. — Weiter hat Geheimrat Dr. Finger von Herrn Moritz Fried den Betrag von 3000 Mk. zur Verwendung für soziale Zwecke der Kriegsfürsorge nach seinem Ermessen erhalten und die Gabe der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge der Stadt Halle überwiesen.

Im Anschluß daran teilte der Oberbürgermeister mit, daß inzwischen noch vom Hallischen Bankverein, der sein 50jähriges Bestehen feiere, eine Summe von 20 000 Mk. für die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge gestiftet worden sei, womit der Gesamtbetrag für diese neue Fürsorgeeinrichtung jetzt 370 000 Mark ausmache. Es sei aber noch nötig, ihn auf mehrere Millionen zu bringen.

Städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Die Stadtgemeinde Halle hat in neuester Zeit eine Reihe von Stiftungen für hilfsbedürftige Hinterbliebene der im gegenwärtigen Kriege gefallenen Hallischen Krieger erhalten, und zwar a) von einem ungenannten Bürger 100 000 Mk., b) von Geheimen Kommerzienrat Lehmann 100 000 Mk., c) von der Familie des verstorbenen Kommerzienrats Werther 100 000 Mark, d) von Herrn Moritz Fried 3000 Mk. Zu diesen Stiftungen tritt der Nachlaß des gefallenen Landrichters Dr. Kropf, welcher die Stadtgemeinde Halle zur Erbin eingesetzt und bestimmt hat, daß der Nachlaß möglichst zur Linderung der Kriegsschäden verwandt werden soll. Der reine Nachlaßwert beträgt 46 154 Mk. Der Magistrat ist überzeugt, daß die Gesamtstiftungsmasse sich durch weitere Zuwendungen noch erheblich vermehren wird, und erachtet es für notwendig, ihr auch Verstärkungen aus städtischen Mitteln, namentlich Sparkassenüberschüssen, aus dem Ertrage besonderer Veranstaltungen, Sammlungen usw. zuzuführen. Die Zahl der Bedürftigen und die Not in den Einzelfällen ist so groß und wächst mit jedem Tage der Kriegsdauer derart, daß außerordentlich reiche Mittel aufgebracht werden müssen.

Die soziale Fürsorge wird schon seit 1½ Jahren ausgeübt unter Leitung des die Kriegsunterstützungssachen bearbeitenden städtischen Kriegsfürsorge-Amtes, welches als amtliche Fürsorgestelle für die Kriegshinterbliebenen auch von den Militärbehörden anerkannt ist und für sie ebenso wie für die Nationalstiftung für Hinterbliebene Ersuchen um Ermittlungen erledigt.

Es wird beabsichtigt, diesen Unterbau für die künftige Organisation zu verwerten.

Die städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge unterstützt die Hinterbliebenen von Kriegern, die seit der Mobilmachung vom 2. August 1914 gefallen oder infolge Verwundung oder Kriegsdienstbeschädigung gestorben sind, durch soziale Maßnahmen und Geldbeihilfen. Voraussetzung der Unterstützung ist in der Regel, daß der Verstorbene zur Zeit des Todes Hallischer Einwohner war, und daß die zu Unterstützenden in Halle wohnen. Als Hinterbliebene gelten: Witwen und Waisen, Eltern, zu deren Unterhalt der Verstorbene wesentlich beigetragen hat oder — wie nach besonderen Umständen zu schließen — beigetragen haben würde, wenn er nicht vorzeitig gestorben wäre, und uneheliche Kinder, wenn die Unterhaltspflicht des Verstorbenen festgestellt oder zum mindesten glaubhaft gemacht oder der Unterhalt tatsächlich von ihm gewährt worden ist. — Verwandte zweiten und dritten Grades können erst nach Berücksichtigung der anderen Hinterbliebenen unterstützt werden.

Die städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge wird durch eine gemäß § 59 der Städteordnung gebildete Deputation von 21 Mitgliedern ausgeübt. Die Deputation besteht aus zwei Magistratsmitgliedern, drei Stadtverordneten, elf in sozialer Fürsorgearbeit erfahrenen Bürgern und fünf Frauen von gleicher Eigenschaft. Die Stadtverordneten-Versammlung wählt die Stadtverordneten für die Dauer ihrer Wahlzeit als solche und die Bürger und Frauen auf drei Jahre. Die Deputation hat die soziale Fürsorge im wesentlichen zu pflegen nach den „Richtlinien für die den Kriegswitwen und -waisen seitens der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen zu gewährenden Fürsorge".

Die Gewährung von Beihilfen tritt nur in den Fällen ein, in denen die gesetzlich geregelte Kriegsversorgung des Reichs und die Leistungen nach den Vorschriften des Staates, anderer öffentlicher Verbände oder der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen nicht ausreichen.

Die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge soll sich nicht in der Gewährung lediglich von Zuschußrenten zu den gesetzlichen Reliktenbezügen erschöpfen, sondern sie soll zu einer Fürsorge im sozialen Sinne mit dem Ziele gestaltet werden, die Kriegswitwen in den Stand zu setzen, möglichst aus eigener Kraft ihren Hausstand fortzuführen und ihre Kinder so zu erziehen und ausbilden zu lassen, daß auch diese dereinst in einer ihren Fähigkeiten angepaßten Tätigkeit sich selbst ihren Lebensunterhalt und eine der sozialen Stellung ihres Vaters möglichst entsprechende Lebensstellung erwerben können. In der Hauptsache werden für die Kriegswitwen nachstehende Fragen in Betracht kommen:

a) Fortführung des selbständigen Erwerbsbetriebes des gefallenen Ehegatten: Prüfung der Frage, ob die Witwe hierzu die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, Ermöglichung einer etwa noch erforderlichen Ausbildung, Hilfe bei der Beschaffung von Betriebsmitteln, Rechtsberatung bei Betriebsübernahmen, Erbschaftsauseinandersetzung und Nachlaßregulierung, Vermittlung und Beistand gegen Uebervorteilung bei Gewinnung von Hilfs- und Arbeitskräften;

b) Wiederaufnahme einer vor der Ehe ausgeübten Erwerbstätigkeit: Vermittelnde Hilfe und Beratung bei der Gewinnung von Stellungen und Beschaffung von gewinnbringender Arbeit, Beihilfe zur Berufsausrüstung usw.

c) Eintritt in eine neue Erwerbstätigkeit: Beratung bei der Berufswahl, Ermöglichung einer etwa erforderlichen Ausbildung und sonstiger Berufsausrüstung, Vermittlung von Stellungen und Arbeitsplänen. Auch die Ausbildung zur Tätigkeit als Gemeindepflegerin und in ähnlichen Stellungen kommt hier in Frage.

Bei Witwen mit Kindern unter 15 Jahren soll in allen Fällen darauf gesehen werden, daß die Familie möglichst nicht auseinandergerissen wird.

Kränklichen und leidenden Witwen sind durch ärztliche Behandlung, Schwesternpflege, Kuren, Heilstätten-Aufnahme usw. die Kräfte für die aufzunehmende Erwerbstätigkeit zu stärken, sowie auch späterhin durch die Ermöglichung von Erholung in gesunder Luft auf dem Land oder in Walderholungsstätten mit oder ohne Heilkuren zu erhalten.

Was die Fürsorge für die Kriegswaisen anbetrifft, so ist bereits gesagt, daß ein Auseinanderreißen der Familien möglichst zu verhüten ist. Für eine möglichst gute Schul- und Berufsausbildung der Kriegswaisen muß Sorge getragen werden. Da ihre spätere Lebensstellung möglichst der sozialen Stellung des Vaters entsprechen soll, so wird sich die Dauer der Schul- und Berufsausbildung in den einzelnen Fällen verschieden, bei den sogenannten höheren Berufen länger gestalten. Aber auch in den Fällen, in denen die eigentliche Schulerziehung mit der Absolvierung der Elementarschule ihren Abschluß bildet, muß für Fortsetzung der Ausbildung in Fortbildungs-, Fach- und Hauswirtschaftsschulen, Haushaltungskursen usw. Sorge getragen werden. Auf die Förderung der Gesundheit der Kriegswaisen ist besonders Bedacht zu nehmen. Aerztliche Fürsorge in Krankheitsfällen, wo erforderlich Kuren und Heilstättenpflege, sowie Aufnahme in Walderholungsstätten muß vermittelt und nötigenfalls durch Geldzuschüsse ermöglicht werden.

Die gesamte Vorlage wurde debattelos genehmigt.

Die übrige Tagesordnung enthielt

kleinere Vorlagen

über Anstellung neuer Lehrkräfte und Aenderung in den Lehrstellen einiger Schulen. Nach anderen belanglosen Vorlagen gab es aber am Schluß der Sitzung bei Behandlung einer Vorlage außerhalb der Tagesordnung noch eine bemerkenswerte Ueberraschung.

Im Auftrage der Gaswerksdeputation teilte Stadtverordneter Weschke mit, daß die Erhöhung des Gaspreises für Fälle, in denen mehr als zwei Drittel der Menge des vorjährigen Dezember verbraucht wurden, guten Erfolg gehabt habe. Der Gasverbrauch sei so weit eingeschränkt worden, daß es gelang, inzwischen eine ansehnliche Reserve der vorher so knappen Gaskohlen anzusammeln. Die angedrohte Preiserhöhung für Mehrverbrauch könne deshalb jetzt wieder außer Kraft gesetzt werden. Die Menge des Mehrverbrauches sei nun aber infolge der Vorschriften so gering geblieben, daß sich die Beitreibung der Beträge kaum lohne. Da die doppelte Preisberechnung das knappe Personal also nur unnütz belasten würde, sollten die Aufschläge gar nicht berechnet und nicht erhoben werden.

Dieser Antrag der Gaswerks-Deputation wurde ohne Widerspruch freudig angenommen.

---

* **Zur Mordsache Rinckleben** hat sich ein Zeuge aus Gutenberg gemeldet, der den aufgefundenen und ihm vorgezeigten Rucksack wiedererkannt hat. Er hat ihn erst am 6. Januar in dem Ritterschen Geschäft gekauft und dem Sohne seiner Wirtsleute in Gutenberg geschenkt. Am Sonntag, den 7. Januar, sind die beiden 5 und 6 Jahre alten Söhne seiner Wirtsleute nach Sylbitz zu ihren Großeltern zum Schlachtefest gefahren. Von dort sind die Kinder am Montag, den 8. Januar, früh, mit der Eisenbahn nach Teicha zurückgefahren, wo sie um 9.50 Uhr eintrafen. Die Großeltern hatten ihnen in dem Rucksack ein Stück Schweinsrippchen und je eine kleine Rot-, Leber- und Bratwurst mitgegeben. Nachdem sie von Teicha den Weg nach Gutenberg eingeschlagen, hat sich vom Eisenbahndamm kommend, ein junger Mann zu ihnen gesellt, der sie über den Inhalt des Rucksackes befragt hat. Auf den Bescheid der Kinder hat er ihnen den Vorschlag gemacht, daß er die Last tragen wollte, da sie für sie zu schwer sei. Sofort nach Aushändigung des Rucksacks sei er über das Feld damit fortgelaufen.

Nunmehr hat sich auch ein Geschäftsmann, der wegen Arbeitsüberlastung die Zeitungen in der vergangenen Woche nicht gelesen hat, mit der Angabe gemeldet, daß er einem Manne Fleischware abgekauft habe. Am Montag, den 8. Januar, gegen 12 Uhr mittags, sei der in den früheren Zeitungsartikeln beschriebene Mann zu ihm gekommen und habe angegeben, daß er die Fleischwaren von Böge in Teicha zur Abgabe an ihn bekommen habe. Da er in Teicha niemand kenne, habe er sich geweigert, die Ware anzunehmen. Der Mann sei aber aufdringlich geworden und habe auf die Abnahme mit der Begründung bestanden, es sei in der Straße kein anderes derartiges Geschäft als das seinige, infolgedessen könne nur er in Frage kommen. Der Unbekannte, den er für einen Arbeiter oder Hausknecht gehalten, habe für die Ware 7,50 Mk. gefordert und von ihm erhalten. Er habe aber von seiner Ehefrau eine Quittung ausfertigen und diese von dem Manne unterschreiben lassen, was er mit dem Namen Karl Konrad in deutscher Schrift getan habe. Obwohl der Unbekannte das Geld erhalten, habe er eine Abschrift der Quittung haben wollen, und als diese ihm verweigert worden sei habe er darauf bestanden, daß auf die Quittung noch das Wort: Bezahlt habe gesetzt werden müssen. Beide Eheleute beschreiben den Unbekannten als 23 bis 24 Jahre alt, 1,66 bis 1,68 Meter groß, mit blondem Haar und kleinem, blonden Schnurrbärtchen und auffallend breiten Backenknochen. Er habe eine blaue Mütze, graue, abgetragene Hose und aschgraue Fingerhandschuhe getragen, an denen die obere Seite an den Fingerspitzen aufgerieben gewesen sei und das helle Futter hervorgesehen habe. Auf die übrige Kleidung wollen sie nicht geachtet haben. Den Rucksack habe der Täter auf dem Rücken getragen, während er die Fleischware in einer abgenutzten ledernen Markttasche gehabt habe. In dieser habe, soviel sie hätten wahrnehmen können, auch ein Topf, in Papier eingeschlagen, gestanden.

Der Täter hat demnach den Kindern die Fleischwaren am 8. Januar kurz nach 9.50 Uhr abgenommen, hat sie zwischen 11 und 12 Uhr in der Gr. Brunnenstraße in einem Geschäft wiegen lassen und sie schon gegen 12 Uhr verkauft. Er muß mithin vorher die Zeit gefunden haben, die Riemen des Rucksackes mit dem Drahte zu verlängern, da er ihn sonst nicht hätte tragen können. Wenn dies nicht nach seinem Eintreffen in der Stadt geschehen ist, muß es in einer Ortschaft, die er auf dem Wege nach hier berührt hat, geschehen sein. Das Publikum wird deshalb unter Hinweis auf die für die Ermittlung des Täters ausgesetzte Belohnung ersucht, auch die nach dieser Richtung hin gemachten Wahrnehmungen schleunigst der Kriminalpolizei mitteilen zu wollen.

* **Handelserlaubniserteilungen.** Vom Vorsitzenden der hier zur Erteilung der Erlaubnis zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln errichteten Stelle geht uns folgende Mitteilung zu: Nach Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 30. Dezember 1916 sind Großhändler, die durch die Zulassungsstellen auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 die Handelserlaubnis erhalten haben, verpflichtet, auf ihren Geschäftspapieren einschl. der Briefumhüllungen durch roten Aufdruck oder roten Stempel Nummer und Datum der Zulassung zum Handel sowie die Zulassungsstelle zu vermerken. Die Nummer der Zulassung kann mündlich, schriftlich oder telephonisch bei der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 97, erfragt werden. Für den Ausdruck empfiehlt sich zwecks Einheitlichkeit folgender Wortlaut: Großhandelszulassung Halle Nummer: Datum: .

* **Auf dem Militärflugplatze sind kürzlich aus Altenburg** 750 Rekruten zur Ausbildung eingetroffen. Sie sind vorläufig in Flugzeughallen untergebracht, doch werden nächstens Holzbaracken aufgebaut, wozu das Material schon angefahren ist, bis zur späteren Errichtung der Kaserne.

* **Einschulung blinder Kinder.** Nach dem Gesetz über die Beschulung blinder Kinder werden Anfang August 1918 die blinden Kinder schulpflichtig, welche bis dahin das 6. Lebensjahr vollendet haben. Zu den blinden Kindern im Sinne dieses Gesetzes gehören auch Kinder, die so schwachsichtig sind, daß sie den blinden Kindern gleichgeachtet werden müssen. Die Namen solcher Kinder müssen schon jetzt der Regierung in Merseburg mitgeteilt werden. Die Eltern oder die gesetzlichen Vertreter dieser blinden Kinder werden hiermit aufgefordert, Namen, Geburtstag und Wohnung der betreffenden Kinder bis Sonnabend, den 27. Januar 1917, dem Büro der Schulverwaltung, Barfüßerstr. 11, Eingang Schulstraße, Zimmer 6, anzugeben, damit die Kinder in die vorgeschriebene Nachweisung eingetragen werden.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, findet eine Aufführung von Hauptmanns Diebeskomödie Der Biberpelz statt. Die für Mittwoch angesetzte Aufführung der Oper Lohengrin beginnt um 7¼ Uhr. Da auch die letzte Aufführung des Werkes ausverkauft war, dürfte es sich empfehlen, rechtzeitig Karten für diesen Abend zu besorgen. Am Donnerstag wird Slobodas Lustspiel Am Teetisch zum erstenmal aufgeführt. Am Freitag kommt die Oper Carmen zur Wiederholung. Die für Sonnabend angesetzte Schüleraufführung Wilhelm Tell beginnt nachmittags 3 Uhr. Auf das am Sonnabend abend 8 Uhr stattfindende Sinfonie-Konzert unter der Leitung von Kapellmeister Oskar Braun und Mitwirkung des Geigers Franz von Vecsey sei noch einmal hingewiesen.

* **Volkspark.** Morgen, Mittwoch, nachmittag findet wieder eins der beliebten Nachmittags-Freikonzerte statt. Als Mitwirkende sind die Opernsängerin Frl. Anni Kühns und ein Geigenkünstler gewonnen, so daß ein Besuch der Veranstaltung künstlerische Genüsse verspricht.

* **Im Apollotheater** beginnt heute abend ein neues Spezialitäten-Programm, das an erster Stelle den großen exotischen Dressurakt von Sahib Nadchura „Indien in Europa" enthält. Mit zwei Elefanten, 2 Kamelen und einem Pferd dürfte diese eigenartige Zusammenstellung das größte Interesse erwecken. Aus dem weiteren Programm sei noch die ausgezeichnete Tänzerin Grete Böhmig erwähnt. Als Programm hat sie Die Taube von Chopin, orientalischer Tanz von Rohrbeck und Walzer von Strauß gewählt.

* **Jugendlicher Straßenräuber.** Am Sonnabendabend wurde von einem etwa 15jährigen Jungen in der Jacobstraße einem jungen Mädchen, das für seine Mutter etwas gekauft hatte, ein Portemonnaie mit Inhalt gewaltsam aus der Hand gerissen. Auf das Geschrei des Mädchens wurden Leute aufmerksam, die schnell unterrichtet wurden und den flüchtigen Straßenräuber verfolgten. Dieser warf den Raub unterwegs fort. Dem Mädchen konnte das Gestohlene zurückgegeben werden. Der Junge konnte nach einiger Zeit festgenommen und einem Polizeibeamten übergeben werden, der ihn zur Wache brachte.

* **Schwerer Unglücksfall beim Rodeln.** Am Sonnabendnachmittag verunglückten beim Rodeln auf den Brandbergen in der Nähe des dortigen alten Steinbruchs ein junges Mädchen und ein junger Mann recht schwer. Das Mädchen erlitt einen doppelten Beinbruch, Verletzungen im Gesicht und schwere Fleischwunden am Körper, während der Begleiter mit starken Hautabschürfungen davonkam. Durch einen zufällig vorbeikommenden Herrn wurde den beiden die erste Hilfe zuteil; er veranlaßte auch, daß sie mit einem herbeigeholten Wagen dem Elisabethkrankenhause zugeführt wurden.

* **Eisenbahnunfall auf der Strecke Berlin — Halle.** (Amtlich.) In Kilometer 7,6 der Fernstrecke Berlin — Halle ist Sonntag vormittag gegen 7 Uhr 15 Min. der Schnellzug D 144 durch Ueberfahren des Blocksignals bei Bahnhof Südende auf den am Einfahrsignal B 1 des Bahnhofs Groß-Lichterfelde-Ost haltenden Güterzug 7810, der Verspätung hatte, mäßig aufgefahren. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt. Vom Güterzug sind fünf Wagen entgleist. Der Verkehr nach Halle mußte umgeleitet werden; der Personenverkehr von Halle wurde durch Umsteigen in Groß-Lichterfelde-Ost aufrechterhalten. Störung war um 3½ Uhr beseitigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

* **Selbstmord?** Auf der Kröllwitzer Brücke wurde gestern abend ein Damenmantel und eine Handtasche gefunden. Die Eigentümerin, eine hier wohnhafte 59jährige Frau, hat nach hinterlassenen Aufzeichnungen vermutlich den Tod in der Saale gesucht und gefunden.

* **Von der Feuerwehr.** In der vergangenen Nacht wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück an der Moritzkirche gerufen, woselbst auf bisher unaufgeklärte Weise eine mit Lumpen gefüllte Kiste und ein Schrank in Brand geraten waren. Nach einviertelstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. — In der Mansfelder Straße stürzte ein vor einen Wagen gespanntes Pferd und mußte durch die Feuerwehr aufgehoben werden. Der Straßenbahnverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten.

* **Portemonnaie gefunden.** In einer Ausfertigungsstelle für Bezugsscheine für Web-, Wirk- und Strickwaren ist an einem der letzten Tage eine Geldbörse mit Inhalt gefunden worden. Der Verlierer muß sich im Stadt-Ernährungsamt, Schmeerstraße 1, Zimmer 20, melden und seine Berechtigung zur Empfangnahme nachweisen.

Die Kreisfleischstelle teilt mit: Gemäß der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 15. bis 21. Januar als Wochenmenge etwa 250 Gramm Fleisch und Wurst auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Abgabe von Eingeweideteilen in unverarbeitetem Zustande ist verboten. Die hieraus hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Da die zulässige Höchstmenge zur Verteilung gelangt, so dürfen die Schwerstarbeiter nicht besondere Berücksichtigung finden. Durch die Anrechnung von Fleisch aus Notschlachtungen können sich in einzelnen Bezirken Abweichungen ergeben. Von der Reichsfleischkarte werden alle 10 Abschnitte für den Empfang des Schlacht- und Büchsenfleisches sowie der Wurst bestimmt.

Ammendorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Der Gemeindevorsteher gibt bekannt, daß der Verband preußischer Landgemeinden an die Regierung Eingaben gemacht hat, um vor allen Dingen die Industriegemeinden ebenso wie die großen Industriestädte mit Fleisch- und Fettwaren zu versorgen, da sonst schwere Störungen zu befürchten seien. — Die Stadt Halle beantragt die Ablösung der Fischereigerechtsame in der Steinlache; die Gemeindevertretung beansprucht dafür 1200 Mk. — Die immer mehr zunehmende Belastung des Gemeindeamtes durch Ausstellung von allerhand Bezugsscheinen, die Warenverteilung, neue Verordnungen u. s. f., macht es notwendig, noch eine Hilfsarbeiterstelle einzurichten. Dafür werden 1800 Mark bewilligt und gewünscht, einen fachkundigen Kriegsbeschädigten anzustellen; bis zu dieser Anstellung übernimmt Gemeindeschöppe Drucklauff diese Beschäftigung ehrenamtlich. — Dem stellvertretenden Vollziehungsbeamten werden 34 Mk. Verluste zurückvergütet, der übrige Teil seines Antrags auf Mankogelder wurde abgelehnt.

Bruckdorf. Hindenburgspende. Der Gutsbesitzer Heike wurde im Anschluß an das Schlachten eines Schweines aufgefordert, Fett zur Hindenburgspende zu liefern. Dem ist der Gutsbesitzer zwar nicht in dem Sinne nachgekommen, daß er ein Quantum Fett an die Sammelstelle ablieferte, dafür hat er jedoch eine Seite Speck von 19 Pfund an die in Bruckdorf wohnenden Schwerarbeiter zur Verteilung gebracht, so daß auf jeden etwa ¼ Pfund entfiel. So sind die Schwerarbeiter in Bruckdorf wenigstens von einem Schwein zu ihrem Fett gekommen. Sonst war vom Erfolg der Hindenburgspende hier bisher nichts zu spüren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170116-19/fragment/page=0006